

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 121 — 1. Jahrgang Saarbrücken, Freitag, den 10. November 1933. Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

- Drohen Sanktionen?** Seite 2
- Was Göbbels verschwiegen** Seite 3
- Korruption in der deutschen Justiz** Seite 5
- Koest Wessel gesetzlich geschützt** Seite 5
- Inseratenteil beachten!**

Lamettengeneräle und Volksnot

Ein Arbeiter schreibt uns aus Deutschland: Auch wenn unter härtestem Druck und härtesten Drohungen am kommenden Sonntag Millionen und Abermillionen mit Ja und „für“ die NSDAP-Einheitsliste stimmen sollten, glauben doch die Hitler, Göbbels, Göring selbst nicht daran, die deutschen sozialistischen Arbeiter für sich gewinnen zu können. Das können diese Gewaltmenschen um so weniger glauben, als sie doch wissen, daß die Dinar in Deutschland sich sehr zu Ungunsten der Regierung verschoben haben. Außer auf den illegalen Kampf der Sozialisten stoßen sie auf den hummen, dumpfen Widerstand der von der heutigen Regierung zu schwer belasteten Schichten.

Die Handwerker, Mittelständler, die Händler merken doch genau wie die Arbeitlosen, wie hart es in der Wirtschaft Deutschlands zugeht.

Gewiß — diese Kreise sind noch nicht einzuweisen in die systematische Illegalität. Aber schon kann man geistliche Unterstützung von einzelnen erlangen. Schon sind sie nicht mehr so ängstlich, jedes illegale Blatt von sich zu weisen. Das verlangen nach Aufklärung über die Politik der Regierung wächst. Die Leute glauben nicht mehr voll an die regierungsgeliebten „Wahrheiten“. Der Zweifel beginnt sich zu regen. Die Händler, die kleinen Leute lernen das Schimpfen wieder. Und das ist schon viel wert.

Wie wenig die „Begeisterung“ noch da ist, verriet die Berliner „Volkszeitung“ in einem Anekdote über die Winterhilfe.

Dort bettelte man, wie man nur im „dritten Reich“ betteln kann. Aber trotzdem: Wenn auch viel gegeben wurde — es fehlt noch sehr viel. Alte Kleider wurden gesammelt, aber es kamen meist zerfetzte; sie müssen erst geflickt werden. Schlimmer ist es bei den Schuhen. Da fehlt es an Leder und an Schuhtern, die alles gratis herichten! Das müssen die „Wohltäter“ da für alle Klammotten „acopieri“ haben, die nun für die Armen gut genug sein sollen! Und an Armen gibt es in Berlin nach der „Volkszeitung“ viel: 842.000 Wohlfahrts-Unterstützungsempfänger, 51.000 Empfänger von Arbeitslosen-Unterstützung. Dazu noch Kriegsunterstützte und Kurzarbeiter!

„Über eine Million“ — so schätzt selbst dieses Nazi-organ! Und dabei schwindelt man den Menschen vor, wie sie abwärts gehe — die Zahl der Arbeitslosen!

Solche Dinge machen selbst den blindesten misstrauisch. Wie leicht es doch in der Fortsetzung des „Gebetes“ „Vater Gott, mach mich stumm, daß ich nicht nach Dachau komme!“: „Vater Gott, mach mich blind, daß ich alles richtig find; mach mich taub, daß ich jeden Schwindel glaub.“

Und die sozialistische Arbeiterkraft? Nach dem ersten Schreck über den Zusammenbruch begann sofort der Wiederaufbau. Frühling wurde genommen mit denen, die einmal zuverlässig waren.

Manche Enttäuschung wurde erlebt, mancher dreifache Kerl entdeckt. Aber nach und nach fand man die ersten Anschläge. Es tauchten die ersten illegalen Schriften auf. Die Jagenden erzielten wieder Mut. Sie merkten, daß eben der Marxismus nicht tot ist. Die Organisationen wurden nach den Erfordernissen umgebaut. Vertrauen zog wieder ein. Die Sucht nach Geschick wurde fast unstillbar. Denn eines hat der deutsche Faschismus nicht erreicht: Die Gewinnung der Arbeiter für die Nazizeitungen. Auch nicht durch Farnung. Wenn früher demokratische Zeitungen auch im Anfang einen Teil der Arbeiterleser aufnahmen — die fürchterliche Gleichschaltung dieser Organe zerstörte bald alle Hoffnungen, daß dem Arbeiter irgend etwas geblieben wäre.

Alles war vernichtet: Nur nicht das Bewußtsein, daß die Arbeiter sich wieder zusammen finden müssen.

Es geht langsam. Oft wurde durch die Göring-Polizei alles zerstört. Aber immer traten neue an die Stelle der Verhafteten. Da kam das Göring'sche Mordester. Mit Zucht- und Haus, ja mit dem Tode wird bestraft, wer verbotene Zeitungen verbreitet oder wer solche besitzt. Das ist fürchterlich. Einmal springen ab — andere werden vorchtiger — die anfangs illegalen Werke gehen weiter. Sie muß weitergehen, weil ja durch die wirtschaftlichen Maßnahmen — oder eigentlich Nicht-Maßnahmen — sich der Unwille, das Mißtrauen gegen die Regierung nicht verringert. Man a la u b den Sägenern nicht mehr. Das beste Beispiel ist der Reichstagsbrandprozeß. Dort kann verhandelt werden, was will — viele Menschen glauben dem Gericht nicht. Der ein- und alle, der überall bewundert wird — ist Dimitroff. Und Göring hat durch seine Frechheit als „Junge“ lediglich zur Steigerung der Popularität Dimitroffs beigetragen. Zum ersten Male hat diesem Blutband ein Mann Widerstand geleistet. Das bereitet den Arbeitern Freude! Auch den Braunen, die für ihren Führer Göring den schönen Namen Lamettengeneräle gefunden haben.

Nun hat die Regierung eine „Wahl“ angelegt. Man fragt sich, was dieses Theater soll! Und dieses Fragen

Hitler vor einer befohlenen Massenkundgebung

Röhm und der Exkronprinz fühlen sich

Gefangene Marxisten müssen das Konzentrationslager von Dachau befestigen



führt zu immer größerer Nachfrage nach auffällender Viteratur. Diese kann aber im heutigen Deutschland nur illegal sein.

Und so wird gerade durch diese „Wahl“ die illegale Arbeit angeregt. Flugblätter werden von Hand zu Hand gegeben, durch die Post befördert oder sonstwie an die Masse gebracht. Das erfordert aber Geld. Dabei erweist sich die alte Opferbereitschaft doch wieder als lebendig. Es wird gern bezahlt, wenn nur die Arbeit anstreckerhalten werden kann. Selbstverständlich gibt es immer wieder Opfer. Aber ebenso selbstverständlich sind die Väter schnell wieder gefüllt. Das ist für die noch sozialistischen Elemente eine Beruhigung und für die Nazis eine unannehmbare unsichtbare Abwehr.

Die Nazis meiden immer wieder von der Verhaftung und Anhebung „kommunistischer Kester“ oder gar „Zentralen“. Den Nazis glaubt ihnen niemand mehr, der nicht ganz blöde ist.

Denn entweder gibt es solche sozialistischen Zellen in so großer Zahl — dann wäre es eine Blamage für die Hitler u. Co., die seit Monaten den Marxismus vernichtet haben. Die Regierung würde selbst beweisen, daß sie den Marxismus nicht zerstört hat. Oder es gibt diese Zellen nicht und man will nur den Bolschewikern künstlich grobziehen. Auf jeden Fall aber wird durch die Meldungen in der Arbeiterkraft die Gewissheit geweckt, daß es doch auch unter Hitler möglich ist, ein anständiger Kämpfer zu bleiben, d. h. sich mit seinen Gefinnungsgenossen zu verbinden zum Kampfe gegen Hitler. Und diese wiedererwachende Erkenntnis härt finanziell und agitatorisch die Arbeit der illegal schaffenden deutschen Arbeiter.

Besonders erfreulich sind jene Fälle, in denen auch Gelder kommen von Vätern, die früher keiner der Arbeiterparteien angehörten. Aber die Brutalität der Hitlerianer erweist bei vielen die Verpflichtung, sich als anständige Menschen zu betätigen. Das kann man in Deutschland heute eben nur in der Illegalität.

All diese Anzeichen sind noch nicht Beweis für eine entscheidende Macht. Aber es sind die Beweise für die Willensrichtung der deutschen Arbeiter, die wohl durch die Niederlage geschlagen — aber nicht erschlagen sind. Es ist eben nicht wahr, daß der Marxismus tot ist. Er lebt — nur in anderen Organisationsformen.

Es sammelt sich in Deutschland eine für die kommende Zeit sicher erste Kraft: Der Wille zur Vergeltung nicht nur physischer Art, sondern vor allem wirtschaftlicher Art.

Ohne eine kommende Sozialisierung des Großgrundbesitzes und der Großindustrie, ohne die Entprivatisierung der Banken, ohne rücksichtslose Beseitigung der sehr Herrschenden

Mächte kann es für den deutschen Arbeiter, der heute noch in der aktiven Linie steht, eine kommende sozialistische Staatsmacht nicht geben.

Es ist auch ganz sinnlos — auf den alten Parteiformen aufbauen zu wollen. Die das tun, werden es ohne die aktiven Arbeiter tun müssen. Weder die alte SPD, noch die alte ZPD, kann die deutschen Arbeiter sammeln. Wohl aber eine aus der heutigen Kampfszeit sich ergebende allgemeine deutsche sozialistische Bewegung.

Wir Arbeiter in Deutschland wissen, daß die Hitler-Regierung die ganze Welt belügt. Menschen der ganzen Welt, vor allem aber Arbeiter der ganzen Welt: — es ist nicht wahr, daß der Marxismus in Deutschland tot ist. Es ist nicht wahr, daß die Wirtschaft sich gebogen hat. Es ist nicht wahr, daß die Nation den Faschismus will. Es ist nicht wahr, daß es friedliche Faschisten gibt. Es ist nicht wahr, daß das Revanchegedächtnis gegen Frankreich und andere Länder aufgehört hat. Aber es ist wahr, daß der Marxismus nach wie vor lebt, es ist wahr, daß die sozialistischen Arbeiter in Deutschland — trotz der organisatorischen Niederlage — den Sozialismus nach wie vor befehen. Wir deutschen Arbeiter denken gar nicht daran — wir zitieren die Herren persönlich — dem „Galanten“ Hitler und dem „Gauener“ Göring und zu unterwerfen. Wir glauben an den Sozialismus und wir kennen die Wortschheit der Nazibewegung. Wir arbeiten unterirdisch. Wir greifen an — wieder und wieder und wieder!

„Feigling und Verräter“
Aus einer amtlichen Bekanntmachung
Als Führer der Gemeinde Erweiler muß ich von jedem Wähler verlangen, daß er am 12. November 1933 seine Pflicht erfüllt und durch die Abstimmung mit „Ja“ sich zu seinem Führer bekennt. Wer nicht wählt, muß als Feigling und Verräter am deutschen Volke betrachtet werden.
Der Führer der Gemeinde Erweiler:
Ankett, 1. Bürgermeister.

Achtung!
Laut der Firmaschefer Zeitung vom 3. November hat der Naziführer Dr. Mann gesagt:
Jeder, der am 12. November nicht zur Wahl geht, zeigt damit, daß er kein Interesse an dem Wohlergehen der deutschen Nation hat und deshalb braucht auch die deutsche Nation kein Interesse an dem Wohlergehen dieses „Volks-“

genossen" zu haben und dieser Dutsche gehört also in die Volksacht.

Wer einen weißen Fettel abgibt, ist in meinen Augen ein ganz großer Feigling, der es nicht wagt, seiner Meinung nach außen Ausdruck zu geben.

Wer mit „nein“ stimmt, ist ein Mensch, der seinem Volk in der höchsten Not in den Rücken fällt, der ist ein Landesverräter.

Weldem von diesen die Krone als charakterloser Schuft am ehesten gebührt, das will ich dem Empfinden der deutsch-fühlenden Bevölkerung überlassen.

Die Furcht

Der 12. November

Der Berliner Korrespondent der „Times“ berichtet in einer Meldung vom 8. November über die Stimmung der Massen vor dem 12. November. Er schreibt: „In manchen Teilen der Bevölkerung stellt man sich mit Bangen die Frage, ob es mit der persönlichen Sicherheit vereinbar sein wird, sich der Stimme für die Nationalsozialisten am 12. November selbst dann zu enthalten, wenn man in der Volksabstimmung sich für die auswärtige Politik der Regierung ausspricht. Das Vorherrschende der Furcht, daß in manchen Ländern so wohlbekannte Mittel wie Papier mit Wasserzeichen oder unsichtbare Tinte oppositionelle Wähler verraten könnten, ist eine unlenkbare Tatsache. Das mag nicht die Schuld der Regierung sein, aber die Nazi-Wahlpropagandisten tun natürlich nichts, die Furcht zu zerstreuen.“

In kleinen Landgemeinden, wo jeder Nazi und jeder Nicht-Nazi bekannt ist, wird die bloße Furcht als gefährliche Enthüllung angesehen und selbst in den Städten versucht die Parteiorganisation offenkundig, durch systematische Hauspropaganda eine Idee von dem wirklichen Fühlen zu erhalten, zum Unterschied von dem, das sich auf Grund der Wahlziffern zeigen mag. Durch Angebot von Parteiflugschriften für wenige Pfennige oder Erörterungen über die Wahlen und die Kontrolle der Reaktion der Hausbewohner darauf, kann eine Schätzung als möglich angesehen werden. Das ist jedenfalls die Meinung vieler Meter.

Alles in allem scheint die Meinung bei den Nicht-Anhängern des neuen Regimes Verbreitung zu finden, daß es angesichts der möglichen Gefahren und da das Wahlergebnis das gleiche sein wird, was immer sie auch tun, vorzuziehen sei, das gewünschte Kreuz auf dem Stimmzettel anzubringen.“

Diese Meldung hatte noch ein kurioses Nachspiel, da im „Lübischen Beobachter“ und anderen deutschen Zeitungen eine Meldung aus „maßgebender Quelle“ erschien, die gegen die Mitteilungen der „Times“ heftig protestierte. Der Berliner Korrespondent der „Times“ nahm dies zum Anlaß, um neuerdings darauf hinzuweisen, daß die Furcht vor den Gefahren einer oppositionellen Abstimmung am 12. November unbefreitbar, trotz aller offiziellen Erklärungen besteht.

Man möchte zu Hause bleiben, aber . . .

Vant der „Kölnischen Zeitung“ (Nr. 607) hat der Reichstagsabgeordnete Bernhard Abtler (München), den Vorsitzenden und Leiter der wirtschaftspolitischen Kommission der NSDAP, u. a. gesagt: Ich weiß ganz genau, daß es vielen Spielvärgern gar nicht erfreulich ist, daß sie jetzt plötzlich die Verantwortung mittragen müssen. Er denkt sich, wenn ich am Sonntag daheimbleiben könnte, wäre das doch ganz angenehm. Aber dann kommt ihm mit einem Male: Wenn ich jetzt nicht schreie, dann bin ich ja ein Lump, der sein Volk verrät.

Man mag also ermessen, was den „Lumpen“ droht, die wegen dem braunen Wahlterror zu widerstehen.

Auch die Kirchen flüggen

Berlin, 9. Nov. Um der Verbundenheit zwischen Volk und Kirche Ausdruck zu geben, hat die Reichsregierung angeordnet, daß aus Anlaß der Volksabstimmung auch die Kirchen und kirchlichen Gebäude von Freitag bis Sonntag Flaggenschmuck anzulegen haben. Wegen des Luthergedenk-tages wird die Beflaggung der Kirchen bereits in der Frühe des 10. November beginnen. — Die neue Kirchenregierung fehlt bei keiner politischen Schand.

Was ist mit Ernst Friedrich?

Bis zu Hitlers Machtergreifung befand in Berlin in der Parochialstraße 29 das einzige Antikriegs-Museum der Welt. Gründer, Leiter und Vorkämpfer für das Museum und die Idee des Pazifismus in seiner ehrlichsten und überzeugtesten Form war Ernst Friedrich, der in allen friedensfreundlichen Kreisen bekannte Verfasser des eindrucksvollen Bilderbuches „Krieg dem Kriege“, das im Kultur-Verlag, Berlin, erschienen ist.

Die erste Tat der Nationalsozialisten, derselben Leute, die jetzt den Frieden preisen, um den Krieg zu rufen, war die völlige Zerstörung des Antikriegs-Museums und die Festsetzung Ernst Friedrichs. Seit her ist Ernst Friedrich verurteilt. Gerichtsweise wurde bekannt, daß man ihn anfangs zusammen mit Oßflich und Renz in Dranienburg gefangen hielt. Aber auch das ist nicht sicher verbürgt, bestimmt weiß man nur, daß man ihn aus dem Gefängnis in Moabit herausgeholt hat, wo er die allerersten Wochen verbringen mußte.

Der Kriegsdienstverweigerer Ernst Friedrich, der wegen antimilitaristischer Betätigung über sechs Jahre seines Lebens in Gefangenschaft verbracht hat, den die bürgerliche Regierung wie das letzte Regime verfolgte, ist verhaftet, und es besteht die ernste Gefahr, daß die heutigen Herren in ihrer „unglaublichen“ Friedensliebe (die zum Beispiel aus dem Antikriegs-Museum ein Kriegsmuseum gemacht hat) den Friedensfanatiker „auf der Flucht erschossen“ oder ihn zum „Selbstmord“ verurteilen haben.

Alle, die den Frieden und die Vorkämpfer des Friedens lieben, werden gebeten, Nachforschungen nach Ernst Friedrich anzustellen und deren Ergebnis der Redaktion dieses Blattes mitzuteilen.

Der Reichswehrminister verfügt:

„Ein gegenseitiges Grubverhältnis verbindet die Wehrmacht mit den Angehörigen der nationalen Verbände. Es ist selbstverständliche Tatsache, daß auch hierbei der Jüngere und im Dienstgrad Niedere dem Älteren und im Dienstgrad Höheren den Grub zuerst erweist. . . . Soldaten, welche ein Hoch ausbringen, bedienen sich dabei wie bisher des alten Soldaten-Schlachtrufes „Hurra“. . . . Am Schriftverkehr mit den Behörden oder Einzelpersonen ist nichts dergleichen einzuwenden, daß an Stelle langer Höflichkeitsformeln die sich immer mehr einbürgernde Form „Mit Heil Hitler!“ Anwendung findet. . . .“

Drohen Sanktionen?

Pau-Boncour vor dem Auswärtigen Ausschuss

Paris, 9. November. Zwei Blätter machen nähere Angaben über die Erklärungen, die der französische Außenminister Paul-Boncour gestern vor dem auswärtigen Ausschuss der Kammer gegeben hat. Im Matin wird erklärt, daß der Abg. Mandel dem Außenminister Paul-Boncour folgende Frage vorlegte: Was werden Sie tun, wenn Sie sich einem Deutschland gegenüber befinden, das trotz aller Drohungen, die man gegen es erhob, aufgerüstet haben und sich sozusagen auf dem Kriegspfad befinden werde? — Nach dem Matin habe Paul-Boncour etwas lebhaft entgegnet, daß er sich gegenwärtig weigere, eine derartige Möglichkeit ins Auge zu fassen und an so schwere Verfehlungen Deutschlands zu glauben. Er könne derartige Verfehlungen nur bedauern, denn sie schienen zu einem neuen Krieg hinaufzudringen, während es doch die Pflicht der Regierungen aller Völker Europas sei, zu versuchen, die Schrecknisse eines bewaffneten Konfliktes zu verhindern.

Nach dem Echo de Paris soll Außenminister Paul-Boncour erklärt haben, falls Deutschland die Abrüstungskontrolle ablehnen würde, das Völkerbündnis mit allen seinen Folgen Anwendung finden, d. h. der Art. 16 betr. die wirtschaftlichen Sanktionen, würde sofort in Kraft treten. Hinsichtlich der Frage, ob man auch militärische Sanktionen vornehmen werde, habe Paul-Boncour erklärt: „Lassen Sie mich erst einmal alle anderen Verfahrensarten spielen lassen.“

„Im Rahmen des Völkerbundes“

Paris, 9. Nov. Nach dem Bericht des „Populaire“ über die Sitzung des auswärtigen Ausschusses der Kammer habe der Außenminister Paul-Boncour auf eine Anfrage, welche Haltung er einnehmen würde, wenn seitens der Hitlerregierung ein Antrag auf Aufnahme von Verhandlungen eingebracht würde, habe Paul-Boncour geantwortet, daß Frankreich stets bereit sei, Verhandlungsangebote entgegenzunehmen, gleichviel welches Land sie vorbringe. Wenn Deutschland also, so fährt der Berichtserfasser des „Populaire“ fort, den Wunsch nach Verhandlungen ausdrücken würde, wäre Paul-Boncour geneigt, Deutschland zu hören, jedoch unter zwei Bedingungen, nämlich 1. daß die französische Regierung über die einleitenden Verhandlungen die Regierungen der mit Frankreich befreundeten Mächte unterrichten könne und 2. daß im voraus wohlverstanden sei, daß diese Verhandlungen nur

Reichstagsbrandprozeß

35. Verhandlungstag

Noch immer „Bayernhof“

Berlin, 9. Nov. Zu Beginn der heutigen Verhandlung teilte RA Dr. Leichter mit, daß der als flüchtig bezeichnete Zeuge Kämpfer in Brandenburg (Davel) wohnt, seine Frau in Berlin. Er bitte, beide zu laden.

Als Zeuge wird dann Major a. d. Schröder aus Rostock vernommen, der längere Zeit mittags im Bayernhof verkehrt hat. Der Vorsitzende hält ihm die Aussage des Zeugen Helmer vor, wonach dieser ihm seinen Verdacht wegen der ausländischen Gäste mitgeteilt haben soll. Der Zeuge Schröder soll dabei mit Oberst Hierl zusammengefallen haben. Major Schröder erklärt, er wisse nicht, ob Oberst Hierl dabei gewesen sei, aber er entsinne sich, daß der Keller eines Tages zu ihm gekommen sei und gefragt habe, wie er sich verhalten solle. Es kämen da verdächtige ausländische Personen in den Bayernhof, die sofort schwiegen, wenn man an den Tisch komme, ihre Papiere verdecken sie. Der Zeuge erklärt, er habe darauf zu Helmer gesagt, es sei seine Pflicht, diese Beobachtungen unbedingt der Polizei mitzuteilen. Kurz nach der Brandstiftung hat Helmer noch einmal mit dem Zeugen gesprochen und gesagt, er hätte dem Eindruck, daß eine der als Brandstifter verurteilten Personen mit in diesem Kreis gewesen sei. Er selbst habe die Ausländer nicht gesehen.

Die Verhandlung dauert an.

20 000 Fr. Belohnung

für die hellblauseidene Toga von Göring

Im Reichstagsbrandprozeß, der bekanntlich zum größten Teil der „Widerlegung“ des Brauchbuches dient, werden ständig „Hilfen“ aus dem Brauchbuch vorgebracht, die im Brauchbuch nicht enthalten sind. So behauptete Göring in seiner nationalsozialistischen Agitationsrede vor dem Reichsgericht, im Brauchbuch stünde, er hätte, in eine hellblauseidene Toga gekleidet, dem Reichstagsbrand zugegesehen. So behauptete Rechtsanwalt Sack, im Brauchbuch stünde, daß Oberbranddirektor Gemppe tot sei. So werden täglich Behauptungen aufgestellt, die angeblich dem Brauchbuch entnommen, in Wirklichkeit im Brauchbuch nicht enthalten sind. Daraus ergeben sich zwei Schlüsse: daß entweder in Deutschland von der Regierung hergestellte gefälschte Brauchbücher benutzt werden oder aber daß Göring, Sack und die anderen bewußt gelogen haben.

Um diese Frage vor der Öffentlichkeit zu klären, hat der Verlag der Universitätsbibliothek Basel, der die Weltrechte auf das Brauchbuch besitzt, sich entschlossen, einen Preis von 20 000 Franken

anzuschreiben für denjenigen, der in der Lage ist, nachzuweisen, daß im Brauchbuch gestanden hätte, Göring hätte in eine hellblauseidene Toga gekleidet, dem Reichstagsbrand zugegesehen und daß Oberbranddirektor Gemppe erwordet wurde. Der Verlag steht nach wie vor zu sämtlichen Behauptungen, die im Brauchbuch aufgestellt sind und ist bereit, sie jederzeit vor einem ausländischen Gericht zu beweisen.

An das Reichsgericht

Der Untersuchungsausschuss zur Aufklärung des Reichstagsbrandes telegraphierte an den Vierzten Straßensatz:

Untersuchungsausschuss nimmt mit Entrüstung Kenntnis von solchenden, der gesamten Auslandspresse wiedergegebenen Meldungen, wonach Zeuge Göring und Deines Angeklagte ungerügt beschimpfen und mit dem Tode bedrohen konnte, stopp, wonach vor allem Zeuge Göring Angeklagte besonders bedrohte für den Fall, daß sie den Händen des Gerichts entgingen, stopp, wonach Zeuge Göring als erster Befehl zur Enternung von Dimitroff erteilte stopp, wonach Zeuge Göring und Deines durch Verurteilung auf öffentliche Meinung und auf Unwillen der SA.

Wert hätten, wenn sie auf die Genfer Plattform ausmünden. Hinsichtlich des Viererpaktes habe Paul-Boncour erklärt, daß ein unterzeichneter Vertrag unter allen Umständen seine Gültigkeit bewahre. Paul-Boncour habe jedoch hinzugefügt, daß die Bestimmungen des Viererpaktes, wenn sie zum Ziele führen sollen, sich stets in den Rahmen des Völkerbundes einfügen müßten.

Henderson in Paris

Paris, 9. November.

Der Außenminister Paul-Boncour hatte gestern vormittag ein ausführliches Gespräch über die Fortführung der Arbeiten in Genf insbesondere auch über die heute stattfindende Wiederaufnahme der Abrüstungskonferenz. Nach dem Verlauf der Unterredung hat es sich als unnötig erwiesen, daß Paul-Boncour selbst sofort nach Genf fuhr. Ebenso hat sich die Reise des britischen Außenministers Sir John Simon nach Paris und nach Genf einstweilen erübrigt. Die zwischen den englischen und französischen Staatsmännern geplante Unterredung ist auf später vertagt worden. Alle Vermutungen über grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten zwischen England und Frankreich in der Abrüstungsfrage sind falsch.

Zu der Reise des preussischen Ministerpräsidenten Göring nach Rom schreibt der „Tempo“: „Es ist wahrscheinlich, daß Göring aus Rom nach Lissabon zur Vorkonferenz und schließlich nach London, denn die italienische Regierung gebietet Mussolini, den kühnen Improvisationen des deutschen Nationalsozialismus auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zu misstrauen. Keine Besprechungen an vier oder fünf können heute das Abrüstungsproblem lösen, und es bleibt Deutschland nichts übrig, als an den Konferenztisch in Genf zurückzukehren.“

Unbeeinflusste Abstimmung

Paris, 9. Nov. Zur Lage im Saargebiet führte Paul-Boncour im Auswärtigen Ausschuss u. a. aus:

Er habe von jeher die Ansicht vertreten, daß beim Plebiszit unbedingt eine unabhängige Abstimmung und die Sicherheit auch der Wähler gewährleistet werden müssen, die sich entweder für die Beibehaltung des Status quo oder für den Anschluß an Frankreich aussprechen würden.

einen mit Begriff unabhängiger Rechtsprechung unverehbaren Druck auf Gericht ausübt hat, stopp, wonach Zeuge Göring ohne jeden Beweis Angeklagte der Brandstiftung beschuldigt hat, ohne daß Gericht eingegriffen hat, stopp, Untersuchungsausschuss erhebt gegen diese Prozedur, die die Angeklagten zum wehrlosen Opfer heutiger Macht-haber macht, härtesten Protest, stopp, Untersuchungsausschuss fühlt sich hierbei eins mit Weltgewissen, in dessen Namen er handelt, stopp, Wenn das Gericht gegen diese Unterdrückung nicht härteste Maßnahmen ergreift, wenn das Gericht nicht sämtliche Rechte der Angeklagten wieder herstellt und sie gegen derartige Vorgänge schützt, ist ergebnisloser Beweis erbracht, daß Urteil nach Diktat deutscher Regierung gefällt wird.

Mit Blut geschriebene Briefe

Tokio, 9. November (Eig. Meldung). Die Erregung in die Japan durch den Prozeß gegen die Mörder des Ministerpräsidenten Inukai schon seit Wochen verheißt, kommt in den eigenartigen Formen zum Ausdruck. Das Gericht, das nach langen Beratungen jetzt zur Urteilsverkündung schreitet, wurde mit Briefen überhäuft. Mehr als eine Million Japaner hat sich schriftlich für eine Freisprechung der Angeklagten eingesetzt. Als ein Nest alter Sitten im Lande der aufgehenden Sonne mutet der Unstund an, daß über 100 Briefe mit Menschenblut geschrieben worden sind.

Das Gericht scheint auf die Volksstimmung insofern Rücksicht genommen zu haben, als es über den Antrag des Staatsanwaltes auf Todesstrafe gegen drei Angeklagte hinwegging und nur Gefängnisstrafen verhängte. Die Polizei hat übrigens alle nur erdenklichen Vorsichtsmassnahmen getroffen, um einen Ausbruch von Unruhen im Reime zu verhindern.

Das Neueste

Bei den Gedenkfeiern für den Putsch des 9. November 1923 hielt „der Führer“ im Bürgerbräukeller vor der alten Garde eine Ansprache. Gegen Mitternacht land am Adniasplatz die Freier der historischen Nacht, die Gedenkfeier für die Toten des 9. November 1923 hat, wobei Ministerpräsident Göring das Wort ergriff. — Am Circus Krone sprach bei einer „Freiheitskundgebung“ Reichsminister Dr. Brüning.

Alle deutschen Dienstgebäude haben schon ab Freitag mittag bis einschließlich Sonntag, den 12. November, zu flüggen. Die Reichsregierung fordert das ganze deutsche Volk auf, sich des Sorgens der Behörden anzuschließen.

Der schwedische Gesandte hat dem deutschen Außenminister mitgeteilt, daß das Grab der Gattin des preussischen Ministerpräsidenten Göring in Schweden von „Kommunisten“ geschändet worden ist.

Der Gesandte von Afghanistan hat die Nachricht erhalten, daß der König von Afghanistan am Mittwochmorgen ermordet worden ist.

Wie Havana und Havana berichtet, soll um Mitternacht durch Vermittlung des argentinischen Gesandten ein Waffenstillstand abgeschlossen worden sein.

Wasas berichtet unter dem 9. November aus Madrid, daß sich vergangene Nacht in Madrid mehrere Zwischenfälle ereigneten. Bei Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Volkspartei und Arbeitern wurden fünf Personen verletzt, darunter eine schwer. Bei Cuartro Caminos explodierte eine große Bombe und richtete bedeutenden Sachschaden an. Mehrere Personen wurden im Besitz von Bomben betroffen und festgenommen.

Präsident Gran Zan Martin hat den Kriegszustand für das ganze kubanische Gebiet erklärt. Gestern sollen hier 29 Personen getötet und 100 verwundet worden sein.

Die Zahl der Todesopfer der neuen Unruhen auf Cuba wird auf 50 beziffert. 125 Personen sollen verletzt worden sein.

Nach einer Neuntermeldung aus Neuquay will „General Tribune“ aus Washington erfahren haben, daß die offizielle Anerkennung der Sowjetunion durch die Bereinigten Staaten bereits morgen verkündet werden soll.

Was Göbbels verschwiegen

Der freche Propagandist und der schüchterne Gerichtshof

D. F. Minister werden vor das Reichsgericht als Zeugen geladen, aber als Sachverständige gehört. Was Dr. Göbbels am Mittwoch dem Gerichtshof vortrug, hat mit einer Zeugnisaussage gar nichts zu tun. Er hat eine wohlüberlegte Kampfschrift gegen die Kommunistische Partei gehalten, ein oratorisches Pamphlet, das bestimmt ist, im Ausland den Eindruck zu erwecken, als seien er und Hitler und Göring die Retter Europas vor den Schrecken des Bolschewismus.

Göbbels, der nicht Morphiumist ist, sondern ein kalt überlegender politischer Verbrecher, war viel geschickter als der lächelnde Göring. Freilich hätte ihm dies Geschick bei einer wirklich unparteiischen Prozeßführung und einer unbefangenen Möglichkeit für die Angeklagten, sachlich zu fragen, nichts genutzt. Denn der Versammlungsstreik des Göbbels war allzu einfach. Er zählte nur von den Kommunisten verübte politische Mordtaten auf, zum Teil noch ungeklärt, und verschwiegen die ganze große Gegenliste der nationalsozialistischen Mordtaten an Kommunisten und Sozialdemokraten. Mit zynischer Frechheit leugnete er ab, daß die Nationalsozialisten mit der Ermordung Liebknechts und Luxemburgs und Rathenaus und Erzbergers etwas zu tun hätten. Eine einzige Frage des Vorsitzenden oder eines der Angeklagten hätte ihn schwach machen müssen: „Haben die Nationalsozialisten noch Regierung nicht diese Morde und ihre Mörder gefeiert und haben sie nicht den Mörder Rathenaus Denkmal gesetzt. Sind nicht die Mörder von Erzberger durch die nationalsozialistische Reichsregierung ins Reich zurückgeführt worden durch die Frage: „Haben nicht nationalsozialistische Parteimitglieder in Potempa einen Kommunisten vor den Augen seiner Mutter verheißt ermordet? Hat nicht der jetzige Reichskanzler diesen zum Tode verurteilten gemeinen Mörder ein Treuetelegramm geschickt? Hat er sie nicht nach seinem Amtsantritt befreit? Und die weitere Frage: „Ist nicht der Mörder Edmund Heines einer der höchsten nationalsozialistischen Würdenträger? Schließlich noch eine Frage: „Stimmt nicht von Ihnen, Zeuge Göbbels, das Wort: „Behenkt wird doch!“?“

Unter seinem Eid hat der Reichsminister Göbbels eine etwas dunkle Geschichte erzählt von einem Kommunisten — woher wußte er, daß es ein Kommunist war? —, der auf des Ministers Auto mit einem Revolver gezielt habe. Dr. Göbbels, der sonst wahrhaftig nicht bescheiden ist in der Reklame für sich, hat dieses „Attentat“ bisher schüchtern verschwiegen. Jetzt erst vor dem Reichsgericht kommt heraus, daß wir nur deshalb noch den Vorzug haben, von Göbbels belogen zu werden, weil damals sein Chauffeur schleunigst Vollgas gegeben hat. Gewissenhafte Verteidiger würden hier die Frage gestellt haben: „Haben Sie, Zeuge Göbbels, nicht wiederholt behauptet, Sie hätten für Hindenburg im Gefängnis gesessen und seinen unbefugten Soldaten gepöbeleit worden? Wann und wo war das? Sind Sie nicht, Zeuge Göbbels, von recht nationalen Zeitungen deshalb viele Male abgefeimter Lügner genannt worden, ohne daß Sie zu klagen wagten?“ Die Fragen, die sich um ein Dutzend ergänzen ließen, sind leider nicht gestellt worden. Jedem fragenden Angeklagten drohte ein Hinauswurf, die Verteidiger schwiegen, und der Gerichtshof verhehlte nicht, daß er in dem Zeugen einen seiner politischen Vorgesetzten erblickt.

34. Verhandlungstag

Fortsetzung aus Nummer 120.

Zeuge Göbbels: Die Kommunistische Partei aber hatte ein so schlechtes Gewissen, daß sie nur durch skrupellose Verdrehung der Tatsachen überhaupt etwas für sich herausholen konnte. Was behauptete nun die Kommunistische Partei? Sie behauptete plötzlich, daß es sich nicht um einen Nationalsozialisten, sondern um einen Inbälter gehandelt habe. Die Kommunistische Partei ist nicht einmal davor zurückgeschreckt, den Reichszug nach Weßels anzugreifen. Und es hat sich dann in dem Prozeß herausgestellt, daß diejenigen, die dieses Drama zu einem Bühnenstück umgestalteten, von kommunistischen Funktionären in Karl-Liebknecht-Haus angeheftet worden waren, genau derselbe Vorgang wie in dem Fall der Kolonie Weßel. Obwohl wir dort die Toten und Schwerverletzten hatten, behauptete am anderen Tage die kommunistische Presse, daß wir die Landfriedensbrecher gewesen seien.

Ich erinnere daran, daß auch nach dem Helleneck-Vorgang im Saalbau Friedrichshain ein kommunistischer Gerichtshof zusammentrat und daß vor diesem „Gerichtshof“ von bestellten und bezahlten, vorher instruierten kommunistischen Zeugen nachgemessen wurde, daß wir Nationalsozialisten den Zusammenstoß hervorgerufen hätten.

Genau daselbe hat sich jetzt abgepielt. Jetzt haben sie ein solches bestelltes Theater allerdings nicht in Berlin veranstaltet, sondern in London. Ich bedaure nur, daß eine andere Regierung das zugelassen hat, und kann mir das nur so erklären, daß sie die Kommunistische Partei nicht kennt. Die Kommunistische Partei — das steht für mich zweifellos fest — ist die eigentliche Urheberin des Brandes gewesen. Ich bin überzeugt, wenn er gelungen wäre, dann würden die Attentäter heute als die großen Helden der kommunistischen Bewegung angesehen werden.

Da das Attentat mißlungen ist, sucht die Partei sich ein Alibi zu verschaffen. Wir können sie damit nicht imponieren, denn aus eigener Erfahrung habe ich zu oft festgestellt, daß sich diese Taktik immer wiederholt, wie im großen und ganzen überhaupt festgestellt werden kann, daß die Kommunistische Partei nicht von Pöbeln ist. Jede Behauptung des Brauchbuchs ist erlogen, wie auch insbesondere die angebliche Deutschrift Obersöhrens.

Vorsitzender: Halten Sie, Herr Reichsminister, an sich Obersöhrens überhaupt für fähig, diese Deutschrift verfaßt zu haben?

Dr. Göbbels: Das halte ich für vollkommen ausgeschlossen. Es mag sein, daß er politische Fehler gemacht hat, aber man wird ihm niemals vorwerfen können, daß er mit Bewußtsein die nationale Sicherheit des deutschen Volkes gefährdet hätte.

Auf eine weitere Frage des Vorsitzenden, erklärt Dr. Göbbels, daß es Differenzen über grundsätzliche Fragen damals im Kabinett gar nicht gegeben habe. Vorüber man manchmal debattierte, auch später, als ich in das Kabinett eingetreten war, waren inhaltlich tatsächliche Fragen, vor allem die tatsächliche Frage: Wie bekämpfen wir am besten und erfolgreichsten die kommunistische Partei. Es ist nicht an dem, daß wir Nationalsozialisten das Verbot der kommunistischen Partei veranlaßt hätten, sondern dieses Ansehen ist von der DVP gestellt worden.

Vorsitzender: Haben im Kabinett über die Fragen des Reichsausschusses nachher Meinungsverschiedenheiten bestanden?

Dr. Göbbels: Niemals. Vorsitzender: Wollen Sie sich zu der im Brauchbuch enthaltenen Beschuldigung äußern, daß bestimmte Personen aus der NSDAP, als Brandstifter in Frage kämen?

Göbbels gibt sich als Propagandafachmann aus

Dr. Göbbels: Ich habe mit großem Erstaunen festgestellt, daß das Brauchbuch meint, der Plan sei in meinem Kopf entstanden. Das ist auch ein Beweis für die vollkommene Phantasielosigkeit, mit der die Kommunisten Propaganda machten. Glaubt denn jemand, daß wir keine anderen Propagandamittel gegen die Kommunisten zur Verfügung stehen als so eine Brandstiftung? Was Oberleutnant Schulz anlangt, so habe ich ihn seit der Parteikrise im November vorigen Jahres nicht wieder gesehen. Es handelte sich damals bei der Krise darum, daß Gregor Strasser seine Treue zur Partei nicht so bewährte, wie man das von ihm erwarten durfte. In demselben Augenblick mußte er von der Tribüne der Reichstages verschwinden und mit ihm sein Adjutant Oberleutnant Schulz. Seitdem haben wir alle keinen Verkehr mit den beiden Herren gepflogen, und nun sollen wir ausgerechnet diesen Mann beauftragt haben, den Reichstag in Brand zu stecken? Vorsitzender: Wissen Sie, ob von der kommunistischen Partei teilweise die Parole zurückgekommen ist: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft?“

Er muß das aus der Taktik seiner Partei wissen

Dr. Göbbels: Es ist später einmal eine Verlautbarung der kommunistischen Partei veröffentlicht worden, in der sie sich gegen den Individualterror aussprach. Das war aber praktisch von keiner Bedeutung. Es spielt ja überhaupt im praktischen politischen Leben keine Rolle, wenn eine Parteileitung sich gegen den Terror wendet, ihn aber praktisch durch die unteren Gruppen durchführen läßt. (Er schließt von sich auf andere.) Ich bin überzeugt, daß die NSDAP den Terror nicht nur nicht ablehnte, sondern darin das beste Mittel zur Niederkämpfung des politischen Gegners sah. Ich habe mit Erstaunen gelesen, daß die Parteiamtlichkeit dieser Stelle angezweifelt wurde. Das ist geradezu absurd. Torgler hat sie selbst in seinen Versammlungen vorgebracht. Daß er sich später herauszureden suchte damit, daß er nicht gesagt habe „Schlagt sie nieder“, sondern „Schlagt sie“, ist

der einzige Unterschied gewesen. Ich erinnere mich noch ganz genau, wie ich vor einem Exemplar der „Noten Rahne“ zurückrechte, vor den Folgen, die diese Parole, die in einem großen Aufsat von der Bezirksleitung offiziell herausgegeben wurde, haben mußte. In der letzten Zeit des Kampfes hatten wir fast jeden Abend einen Toten zu verzeichnen, ohne daß das Polizeipräsidium einmal die Mörder gefunden hätte. (Das lügt er!) Wie lässig die Polizei vorging, ist dadurch erwiesen, daß wir die Mörder jetzt herausgefunden haben (sie klagten Unschuldige an und wurden frei), daß jetzt die Prozesse stattfinden, die eigentlich vor einem oder zwei Jahren stattfinden mußten, wenn das Polizeipräsidium in Verantwortlichkeit diesen Fällen nachgegangen wäre.

Torgler- oder Göbbels-Klasse?

Reichsgerichtsrat Dr. Conders: Torgler hat es so hingeworfen, als ob er im Reichstag besonders verächtlich aufgetreten wäre.

Dr. Göbbels: Ich habe Torgler sehr aufmerksam jahrelang beobachtet, ohne daß ich je ein Wort mit ihm gewechselt hätte. Ich bin zu der Ueberzeugung gekommen, daß man die KP. in drei Klassen einteilen muß: Es gibt den ehrlichen Arbeiter, der an den Kommunismus glaubt und überzeugt ist, daß er ihm ein besseres Leben geben könne. Wir haben uns immer bemüht, diese Menschen für uns zurückzugewinnen. Es gibt eine zweite Klasse, das ist der Fanatiker auf der Straße, den die kommunistische Partei benutzt, um Verbrechen zu tarnen. Das sind die besten, die Attentate, Plünderungen und Ueberrälle immer unter der Flagge des Kommunismus vor sich gehen lassen, weil sie hoffen, vor Gericht als politische Angeklagte milde wegzukommen. Es gibt eine dritte Klasse, das sind die sogenannten Intellektuellen, die sehr schlau verheben, sich immer hinter den Fanatiker zu verziehen, um dem Zugriff der Gerichte entzogen zu sein. Zu dieser Klasse rechne ich Torgler. Wir halten dies mehr für Göbbels Klasse. Ich glaube nicht an seine Biederständigkeit, ich bin im Gegenteil überzeugt, daß er einer der gefährlichsten der kommunistischen Führer gewesen ist, daß Torgler die Maske des Biedermanns nur vorbindet, um dahinter seine kommunistisch-anarchistische Gesinnung zu verheben. Diese Ueberzeugung haben alle meine Beobachtungen im Reichstag bestätigt. Torgler war immer derjenige, der hinter seiner Fassade stand, der niemals nach vorn zu gehen wagte. Aus vielen Unterredungen mit Parteigenossen, die Versammlungen Torglers besucht haben, weiß ich, daß er immer und immer wieder die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft“ aussprach, daß er dort immer der größte Hecker war und dann am nächsten Tage im Handbalksaal und im Reichstag den schlauen und konstanten Biedermann spielte.

Eine „absolut“ unsinnige Auffassung Göbbels

Oberreichsanwalt: Sie haben den Reichsausschuss gewissermaßen als das Fanal für einen von den Kommunisten beabsichtigten Aufstand angesehen?

Dr. Göbbels: Absolut! Oberreichsanwalt: Haben Sie irgendwelche Anhaltspunkte dafür, daß die KP. den Aufstand für notwendig hielt?

Dr. Göbbels: Wenn ich mich in die Mentalität eines Kommunisten versetze, muß ich sofort zu dem Schluß kommen: Geben wir den NS. die Möglichkeit, in den Sattel zu kommen, dann ist alles für uns aus. Es muß der kommunistischen Partei daran gelegen sein, vorher noch eine Möglichkeit auszuschöpfen, die Dinge an sich zu reißen. Darüber sprachen die kommunistischen Funktionäre ganz offen auf den Straßen. Das wurde mir um so klarer, als ich selbst ein Mittel hatte, die Stimmung festzustellen, nämlich die Drohbriefe, die ich erhielt. In Zeiten, in denen es der KP. gut ging, bekam ich sehr selten Drohbriefe, dagegen immer, wenn wir über die Kommunisten einen Sieg zu verzeichnen hatten. In den damaligen Tagen habe ich Hunderte von Drohbrieffen erhalten. In der illegalen Presse, den Flugblättern, wurde ganz offen vom Aufstand gesprochen, von Gewalt und vom Generalkrieg.

Aber nur die Nazis „benötigten“ den Reichstagsbrand

Oberreichsanwalt: Es wird im Brauchbuch behauptet, daß die NS. Veranlassung gehabt hätten, irgend etwas Besonderes zu tun, weil ihre Ansichten für die Wahl am 5. März besonders schlecht gewesen seien und weil sich auch die nationalsozialistischen Kabinettmitglieder unflämmer gelübt hätten von den übrigen Ministern und vom Stahlhelm.



Görings Meineid im Morphinrausch



Fememörder Heines: „Ich schwöre bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß ich die reine Wahrheit . . .“

Dr. Göbbels: Diese Unterstellung ist geradezu absurd. Was den ersten Teil anlangt, so hat die Partei niemals so gute Aussichten gehabt wie für diese Wahl. Was die Umklammerung von Deutschnationalen und Stahlhelm anlangt, so möchte ich folgendes sagen: Die Führer der nationalen Bewegung, der NS., der Deutschnationalen und des Stahlhelms haben am 30. Januar dem Reichspräsidenten in die Hand verprochen, daß sie in Einigkeit und Eintracht und ohne Parteihetz an die Lösung der Fragen herangehen würden. Ich habe fast alle Zusammenkünfte dieser Herren mitgemacht und kann nur bestätigen, daß niemals auch nur in der leisesten Erinnerung der Versuch gemacht worden ist, diesen Bund zu sprengen.

Göbbels-Märchen

Oberreichsanwalt: Torgler hat sich dahin ausgelassen, daß die Parole „Schlagt die Faschisten“ jedenfalls von ihm nur im geistigen Sinne verstanden worden sei.

Dr. Göbbels: Herr Oberreichsanwalt! Es ist ja von gar keinem Belang, was Herr Torgler bei dieser Parole privatim denkt, um es bei einer eventuellen Vernehmung zu sagen zu können, sondern ausschlaggebend ist, welche Folgen eine solche Parole in der Anhängerenschaft hat, und die Folge des brachialen Vorgehens ist ganz unzweifelhaft. Ich selbst habe es einmal erlebt, daß bei dem Kampf um das Young-Begehren, als ich einen Demonstrationzug, der Bewegung in der Nähe des Görtzler Bahnhofs abnahm und später nicht abnehmend in meinem Wagen sah, ich plötzlich sah, wie ein kommunistischer Funktionär unter dem Ruf „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ mit einem Revolver auf mich zielt. Nur durch die Geistesgegenwart meines Chauffeurs wurde ich gerettet. Derselbe Kommunist erschien zwei Stunden später, nachdem ich auf dem Polizeipräsidium als Angeklagter eingeliefert worden war, als Zeuge.

Oberreichsanwalt: Tatsächlich hat einmal der Führer der NS., Thälmann gesagt, daß die Partei von dieser Parole abrücke.

Dr. Göbbels: Ich möchte es mit einem analogen Fall in der NS.-Bewegung vergleichen. Diese hat im November 1923 versucht, mit Gewalt die Macht an sich zu reißen. Dieser Versuch mißlang. Als dann der Führer von neuem versuchte, die Bewegung wieder aufzuheben, erklärte er: Die Partei ist von jetzt ab legal. Das hat in radikalen Kreisen sehr großen Widerstand gefunden. Der Führer hat aber konsequent diese Linie eingehalten (wäre glaubt wird selig), er hat jeden ausgeschlossen, der versucht hat, diese Linie zu stören, und sie ist praktisch auch immer eingehalten worden. Wenn die NS. daselbe getan hätte, dann wäre der Terror auch aus dem öffentlichen Leben verschwunden. So aber mußte der kleine kommunistische Funktionär folgendes erleben: Thälmann sagte, Terror solle nicht mehr angewendet werden, aber er sagte es so schlapp und mit einem Augenwinkern, daß man darüber lächelte. Kurz und gut, der kleine Funktionär hand noch im Schatten der alten Parole und praktizierte diese auf den Straßen und Gassen noch weiter durchgeführt.

Dimitroff

stellt den Propagandist Göbbels

Nunmehr erhebt sich der Angeklagte Dimitroff und stellt einige sachliche Fragen. Als er fragt, ob Reichsminister Dr. Göbbels im Rundfunk nicht eine Rede gehalten habe, in der er nicht nur die NS., sondern auch die SPD als Urheberin des Brandes hinstellte, antwortet Dr. Göbbels: Ich habe den Eindruck, daß Dimitroff vor diesem Gericht Propaganda für die Kommunistische bzw. für die Sozialdemokratische Partei machen will. Darauf möchte ich antworten:

„Ich weiß, was Propaganda ist“

und er braucht nicht den Versuch zu machen, mich durch solche Fragen aus der Ruhe zu bringen. Wenn wir die Kommunisten der Urbebererschaft anklagen, so war die ununterbrochene Verbindung zur Sozialdemokratie gegeben. Wir waren nicht der bürgerlichen Auffassung, daß ein grundsätzlicher Unterschied zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie bestand. Für uns bestanden die Unterschiede beider Parteien nur in der Taktik und im Tempo, nicht aber im Grundhalt. Dimitroff: Weist der Zeuge, daß in Deutschland viele politische Morde begangen worden sind. Es wurden die kommunistischen Führer Razi, Ledebur und Rosa Luxemburg ermordet.

Vorsitzender (unterbrechend): Halt, halt! Wir haben hier aufzuklären, wer den Reichstag in Brand gesetzt hat. Da kann man nicht so weit in die Vergangenheit zurückgehen.

Minister Göbbels: Es wäre zweckmäßiger, wenn wir bei Adam und Eva anfangen. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Als diese Morde geschahen, existierte unsere Bewegung noch gar nicht, und Hitler lag als Kriegsblinde (?) im Lazarett in Palewall.

Dimitroff: Weist der Zeuge, daß deutsche Staatsmänner, wie Rathenau und Erzberger von Kreisen der NS. ermordet wurden?

Der Vorsitzende unterbricht.

Er verantwortet alle Nazi-Morde

Dr. Göbbels: Ich habe nicht das Bedürfnis, mich an diesen Fragen vorbeizudrücken. Die Ermordung Rathenaus und Erzbergers ist nicht von nationalsozialistischen Kreisen geschahen. Damals war die Nationalsozialistenbewegung noch eine ganz kleine Gruppe, die in München Kattation trieb. Ich bin Nationalsozialist und bereit und entschlossen, alles, was die nationalsozialistische Bewegung getan und gelassen hat zu verantworten. Darüber hinaus geht es aber nicht an, Dinge, die sich außerhalb der Bewegung ereignet haben, der Bewegung in die Schuhe zu schieben. Oberreichsanwalt: Ich finde es sehr entgegenkommend, daß der Minister diese Fragen beantwortet, aber ich glaube, daß es doch richtiger wäre, diese Fragen überhaupt nicht beantworten zu lassen, denn sie werden nur gestellt, um in einer gewissen Richtung Propaganda zu treiben.

Göbbels als aufgeblasener Frosch

Dr. Göbbels: Ich beantworte die Fragen nicht deshalb, weil sie zur Klärung der Wahrheit beitragen, aber ich will Dimitroff und der Weltpresse nicht Gelegenheiten geben zu behaupten, daß ich mich vor der Beantwortung einer Frage verkrümelt und gedrückt hätte. Ich habe anderen Leuten Rede und Antwort gegeben (so wie auch ich selbst) als diesem kleinen kommunistischen Kattator. (Weißlächeln im Zuhörerraum.) Ich bitte, diese Fragen zuzulassen.

Göbbels wird zappelig; der Vorsitzende springt ein

Dimitroff: Herr Minister, ich Ihnen bekannt, daß in Deutschland und in der Tschechoslowakei Ihre Meinungsäußerungen, die Nationalsozialisten, auch illegal arbeiten müssen, illegale Propaganda machen müssen und mit solchen diffamierenden Adressen und diffamierender Korrespondenz?

Dr. Göbbels: Es scheint, daß Sie die nationalsozialistische Bewegung beleidigen wollen. Ich antworte Ihnen mit Schopenhauer: Jedermann verdient, daß man ihn ansieht, aber er verdient nicht, daß man mit ihm redet!

Vorsitzender: Diese Frage war überhaupt unzulässig! Dimitroff: Ich stelle einen Beweisantrag in diesem Zusammenhang.

Vorsitzender: Den haben Sie schriftlich zu stellen. Als Dimitroff weiter sprechen will, ruft der Vorsitzende scharf: Stellen Sie den Beweisantrag schriftlich!

Dimitroff: Nach der Strafprozessordnung... Vorsitzender (erneut unterbrechend): Jetzt schweigen Sie!

Nun erhält der Angeklagte Torgler das Wort zur Fragestellung an den Zeugen: Ist Ihnen bekannt, daß gerade die NS. das allergrößte Interesse an einem reibungslosen Verlauf der Reichstagswahlen vom 5. März hatte, weil sie erwartete, daß breite Kreise der sozialdemokratischen Arbeiter sich bei diesen Wahlen zur NS. bekennen würden?

Dr. Göbbels: Nein, das ist mir unbekannt. Ich halte es auch für vollkommen unwahrscheinlich. Die NS. möchte so viel Stimmen von der Sozialdemokratie bekommen, wie sie wollte, sie war sich doch darüber im Klaren, daß, wenn die Wahlen vorbei wären, die nationalsozialistische Partei entschlossen war, die NS. mit Stumpf und Stil auszurotten.

Torgler: Ist Ihnen bekannt, daß die Parole „Schlagt die Faschisten tot“ bis 1930 von der NSD. herausgegeben worden war, daß aber nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 auf das allerentschiedenste diese Parole als absolut falsch verworfen wurde, daß eine tiefschneidende Parteikampagne dagegen geführt wurde, und daß die Anwendung herausgegeben wurde, mit den Nationalsozialisten zu diskutieren?

Dr. Göbbels: Es ist bekannt, daß das in der Theorie gemacht wurde, daß es aber in der Praxis anders ausfiel. Ich habe ja eine solche Diskussion mit Ihren prominentesten Vertretern geführt.

Torgler: Ist Ihnen nicht bekannt, daß ernsthafte Versuche gemacht worden sind? Ich habe selbst mit NS. über die zwei Weltanschauungen diskutiert.

Torgler nimmts mit Göbbels auf

Minister Göbbels in großer Erregung: Ja, Sie haben diskutiert mit den kleinen SA-Leuten, denen gegenüber Sie sich überlegen fühlen. Wenn Sie vor meine Ringe kamen, wagten Sie nicht zu antworten, weil Sie dann unterlegen wären. Ich habe Sie oft genug eingeladen. Sie haben die Gelegenheit aber nicht wahrgenommen, statt dessen sind Sie mit Brachialgewalt vorgegangen.

Torgler: Ich möchte ausdrücklich feststellen in Anwesenheit des Ministers Dr. Göbbels, daß ich in derselben Tonart, in derselben Sprache und in derselben sachlichen Art wie im Reichstag auch in den Volksversammlungen gesprochen habe, daß ich niemals die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft“ propagiert habe, daß ich mich immer mit größtem Nachdruck und größter Energie für die geistige Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltanschauungen eingesetzt habe.

Um die Parole: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!“

Oberreichsanwalt: Der Angeklagte hat erklärt, er habe nie die Parole ausgegeben, schlägt die Faschisten, wo ihr sie trifft. Er hat aber bei seiner Vernehmung nach dem Protokoll früher ausgeführt, er habe beobachtet, daß die Wahlerfolge seiner Partei immer da am besten gewesen seien, wo man die NS.-Partei am intensivsten bekämpft habe. Er sagt dann weiter nach dem Protokoll: „Ich zog daraus die Schlussfolgerung, daß die Kommunisten mehr als bisher den Nationalsozialisten auf die Finger sehen müßten und mehr als bisher die Parole der Kommunistischen Partei beachten müßten „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!“ Das hat der Angeklagte Torgler nach seinen eigenen Angaben in der Vernehmung gesagt. Er sagt allerdings dann weiter, daß er damit einen geistigen Kampf gemeint habe. Es ist aber zugegebenermaßen von ihm in der damaligen Verammlung die Parole „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trifft!“ propagiert worden.

Torgler: Ich habe ausdrücklich zugegeben, daß diese Parole eine Zeitlang von der kommunistischen Partei ausgegeben worden sei. Ich habe aber gerade in dieser Zeit immer wieder versucht, den Versammlungsbesuchern zu sagen, daß unter dieser Parole zu verstehen sei die geistige Auseinandersetzung. (Lachen der SA im Zuhörerraum.)

Dr. Göbbels: Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die kommunistische Anhängerenschaft Herrn Torgler so schlecht verstanden hat. Selbstverständlich wird er heute sich bemühen, die Parole „Schlagt die Faschisten usw.“ als die Aufforderung zu einer geistigen Auseinandersetzung hinstellen. Damit werden aber die 400 Opfer dieser Parole aus den Gräbern nicht mehr herausgeholt. Die kommunistische Partei hat diese Parole praktisch bis zu ihrer Vernichtung durchgeführt, und ich bin berechtigt zu der Annahme, daß das mit Wissen und Willen der kommunistischen Parteileitung geschah und daß sie eine gegenteilige Parole nur ausgab, um sich vor den amtlichen Stellen zu decken.

Vorsitzender: Angeklagter Torgler, wie erklären Sie sich, daß so viele Waffen, Munition und Sprengstoffe bis zur letzten Zeit von den Kommunisten angeammelt worden sind? Wie ist das zu erklären, wenn die kommunistische Partei tatsächlich jeden Terror ablehnt?

Torgler: Ich bin nicht imstande, darüber irgendeine Auskunft oder Erklärung zu geben.

Dimitroff nagelt den großen Propagandameister erneut fest

Dimitroff: Der Zeuge Minister Göbbels hat gesagt, daß so viele kommunistische Ueberfälle auf die Nationalsozialisten stattgefunden hätten. Haben die Nationalsozialisten in dieser Zeit vor dem Januar 1933 nach seiner Meinung das Recht gehabt, sich bewaffnet gegen solche Ueberfälle zu verteidigen? (Lachen im Zuhörerraum.)

Dr. Göbbels: Die NS.-Bewegung hat damals vielfach die schwersten Kervensproben bestanden, die es überhaupt gegeben hat. Einerseits gingen die Kommunisten bewaffnet gegen uns vor. Andererseits mühten wir, um die Legalität zu wahren, unsere Pa. aufzuheben, die Waffen niederzuliegen. Die meisten haben es auch getan, aber die, die dranhin in den roten Vororten lagen und Randalia droht wurden, die hätten doch Rücksicht in den Aben haben müssen oder sie müßten Selbstmordkandidaten gewesen sein, wenn sie sich nicht mit allen Mitteln dagegen zur Wehr gesetzt hätten. Ich habe eben von den Randalia wiederholten Drohbrieffen gegen mich gesprochen. Ich habe noch nicht davon gesprochen, wie oft leitend der kommunistischen Parteigänger gegen mich Anschläge verübt worden sind. Ich habe damals beim Polizeipräsidium beantragt, mir einen Waffenschein zu geben, damit ich mein Leben schützen konnte. Zur Charakterisierung des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten muß ich mitteilen, daß der Antrag abgelehnt wurde, weil keine Gründe dafür als vorliegend betrachtet wurden.

Dimitroff: Haben sich die Nationalsozialisten verteidigt?

Dr. Göbbels mit lauter Stimme: Selbstverständlich haben wir uns verteidigt. Glauben Sie, wir lassen uns von Ihnen ohne Widerstand abschlagen?

Dimitroff ebenfalls mit erhobener Stimme: Glauben Sie jetzt, daß auch die Kommunisten das Recht hatten, sich zu verteidigen?

Vorsitzender: Halt! Wenn Sie sich nicht anständig benehmen, Dimitroff, dann werden Sie allein wegen Ihres Tones ausgeschlossen.

Göbbels sagt: Das ganze Theater ist für das Ausland

Dr. Göbbels: Es handelt sich hier darum, wer ist Angreifer und wer ist Verteidiger. Es ist niemals schamhaften gewesen, daß Nationalsozialisten Polizeibeamte oder Polizeioffiziere niedergeschossen hätten oder daß leitend der NS.-Parteileitung eine Parole ausgegeben worden wäre „Schlagt die Kommunisten, wo ihr sie trifft!“ Wir haben immer, auch im Kampf, die Parole der Legalität gewahrt. Herr Präsident, ich habe mich bemüht, mit einer minutiösen Genauigkeit, die im Braunschweig gegen die NS.-Bewegung und die deutsche Regierung erhobenen Beschuldigungen, zu widerlegen. Ich stelle mit Beobachtern fest, und das tut die ganze deutsche Reichsregierung, daß diese Rügen des Braunschweigs immer noch vom Ausland verbreitet werden. Ich erwarte von der Auslandspresse, daß sie nun, nach dieser minutiösen Schilderung des wirklichen Tatbestandes, auch diese Schilderung mit derselben Genauigkeit wiedergibt. Es geht nicht an, daß die Regierung eines anständigen und christlichen Volkes so vor der ganzen Welt in unwahrhaftiger Weise weiter verächtigt wird. (Lebhafter Beifallsklatschen.) Hierauf tritt eine Mittagspause ein.

Verhandlungen wieder ohne den Propagandaminister

Nach der Pause wird dem Angeklagten Dimitroff bekanntgegeben, was in seiner Abwesenheit verhandelt worden ist. Der Berichtskatter trägt dann eine Auskunft des bulgarischen Justizministeriums über die

Vorstrafen des Angeklagten Dimitroff

vor. Danach ist Dimitroff u. a. 1928 wegen eines Ueberfalls zum Tode durch den Strang und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für alle Zeiten verurteilt worden. Schließlich ist Dimitroff zu 15 Jahren verschärften Kerker (Zuchthaus) und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte für 20 Jahre wegen Aufstandes verurteilt worden. Diese Strafe würde er noch abzubüßen haben. — Der Angeklagte Dimitroff erklärt dazu: Alle diese Vorstrafen sind in meiner Abwesenheit ausgesprochen worden. Ich erkläre, daß ich bereit bin, nach Beendigung des jetzigen Prozesses nach Bulgarien zurückzukehren, um dort vor dem bulgarischen Gericht über meine ganze Tätigkeit Rechenschaft abzulegen und die volle Verantwortung dafür zu übernehmen.

Es werden dann die Zeugenvernehmungen über die Verhaftung der Bulgaren fortgesetzt.

Lubbe war nie im Bayernhof

Der Kellner Röhmer vom Bayernhof erklärt, daß ihm von der Lubbe nicht bekannt sei. Der Angeklagte von der Lubbe muß aufstehen, und der Zeuge erklärt auch jetzt, daß das Gesicht ihm nicht ganz unbekannt sei, er könne aber überhaupt nicht sagen, daß er ihn etwa im Lokal gesehen habe.

Oberreichsanwalt: Ist Ihnen bekannt, daß in der Gesellschaft jemals ein Mann gewesen ist, der eine gewisse Ähnlichkeit mit van der Lubbe hat?

Zeuge: Nein.

Der nächste Zeuge ist der Kellner Hasemann vom Bayernhof.

Vorsitzender: Haben Sie im Lokal einmal den Angeklagten von der Lubbe gesehen?

Zeuge: Nein, diesen Mann habe ich nie im Lokal gesehen.

Vorsitzender: Vor dem Untersuchungsrichter haben Sie das so bestimmt nicht gesagt.

Zeuge: Nachdem ich von der Lubbe gestern und heute nochmals gesehen habe, weiß ich ganz bestimmt, daß dieser Mann nicht bei uns gewesen sein kann.

Popoff: Was haben auf Sie die Ausländer im Bayernhof für einen Eindruck gemacht?

Zeuge: Einen verdächtigen nicht, aber etwas geheimnisvoll, da sie sich immer sehr leise unterhielten.

Dimitroff: Haben Sie in meiner Gesellschaft einen Mann mit einem kleinen Gesicht und einem großen Haarhaupf gesehen?

Zeuge: Ja, der war öfter da, er hatte auch kleine Hände.

Dimitroff: Das war Jakobus Rohner. Der Zeuge Helmer ist ein großer Dichter.

Der Vorsitzende weist den Angeklagten zurecht. Der Kellner Röhmer erklärt mit Bestimmtheit, daß van der Lubbe nicht im Bayernhof war. Er habe ihn nie gesehen.

Auch die Kellner Koch, Geiler und Winkel sowie der Geschäftsführer Wankner vom Bayernhof erklären, daß van der Lubbe nie im Bayernhof gewesen sei.

Hierauf wird als Zeuge der Kriminal-Assistent Gah vernommen, der zusammen mit dem Kriminal-Assistenten Polshäuser die Verhaftung der drei Bulgaren im Bayernhof vorgenommen hat. Er schildert die Vorgänge in derselben Weise wie gestern der Kriminal-Assistent Polshäuser.

Als letzter der Zeugen aus dem Bayernhof sagt dann der Kellner Rehbaum aus, er habe den Angeklagten van der Lubbe niemals gesehen.

RA. Dr. Teichert: Der Zeuge Helmer hat in der Voruntersuchung gesagt, er habe Taness nur einmal gesehen. Rehbaum habe ihm aber erzählt, daß er Taness schon öfter als Gast bedient habe.

Zeuge Rehbaum: Das möchte ich widerlegen, das hat Helmer nicht gesagt.

RA. Dr. Teichert stellt dann einen Eventualbeweisantrag für den Fall, daß über die Ortsverhältnisse im Bayernhof Unklarheiten bestehen sollten, eine Ortsbestimmung vorzunehmen.

Der Vorsitzende erklärt, daß der Antrag geprüft werde. Die Verhandlung wird auf Donnerstag vertagt. Der Freitag soll Sitzungsfrei bleiben.

Achtung! Achtung!

Hier spricht ein Minister des „dritten Reiches“!

... ausländische Stroche ... Fische ... Gefindel ... aufhängen ... dünnmachen ... Ganner ... Verbrecher ... Galgen ... rote Schlingel ... Unterwelt ... Epelunken ... Sie werden noch Anah haben, wenn ich Sie bloß erlasse, wenn Sie aus dem Gefängnis heraus sind. Sie Ganner, Sie!

(Göring vor dem Reichsgericht.)

Die Henker

Magdeburg, 9. Nov. Im Völpke-Kommunistenprozess wurde der Lokomotivführer Lehner aus Völpke wegen „Mordes“ zum Tode verurteilt. Dem Prozess lag die Schießerei am Neulagermoran 1932 in Völpke zugrunde, bei der ein SA-Mann aus Barneberg erschossen wurde.

Morgen erscheint zum ersten Male:
WESTLAND
Unabhängige deutsche Wochenzeitung

Die neue Zeitung ist in der glücklichen Lage, von vornherein einen reichen Inhalt bieten zu können. Sie wird durchweg 16 Textseiten Berliner Formats haben. Neben dem politischen Hauptteil erscheinen mehrere Beilagen. Die erste, unter dem Titel „Hier regiert der Völkerverbund“, ist der Saarpolitik gewidmet; die zweite, das „Handelsblatt“, den wirtschaftlichen Vorgängen in Deutschland; die dritte, „Stimmen des Auslands“, wichtigen fremden Meinungsäußerungen über Deutschland, und den Schluß macht die vierseitige Beilage „Kunst und Literatur“, in der nicht nur wertvolle Beiträge renommierter Autoren, sondern auch in großer Zahl Nachrichten über alle deutschen Vorgänge im kulturellen Bereiche, wie auch kritische Betrachtungen, Raum finden sollen.

„Westland“ wird eine einzigartige Zeitung sein, da es bekanntlich in Deutschland eine unabhängige Presse nicht gibt und die ausländischen Blätter deutscher und fremder Sprache sich nicht vorwiegend mit deutschen Angelegenheiten befassen können. „Westland“ ist kein „Emigrantenblatt“. Es macht deutsche Politik auf deutschem Boden, wenn es sich auch völlig frei fühlt von dem Einfluß der gegenwärtigen Machthaber des Dritten Reichs. Es ist in der Lage, diese Aufgabe und Pflicht zu erfüllen, weil die besonderen Verhältnisse des Saargebietes eine Vergewaltigung des Gewissens verhindern.

Verlangen Sie die Zeitung
an den Verkaufsstellen

Korruption in der deutschen Justiz

Ein deutscher Jurist schreibt uns:

Das der deutsche Reichsjustizkommissar Frank II für sich und seine Familie die übelste Korruption betreibt, ist seit langem unumstritten durch die Presse gegangen. Er hat seinen wegen Unterschlagung kriminell bestraften und ehrengerichtlich aus der Anwaltschaft ausgeschlossenen Vater, der die letzten Jahre im Anwaltsbüro seines Sohnes als Buchhalter arbeitete, „begnadigt“ und wieder als Anwalt zugelassen, in einer Zeit, in der zahlreiche tadellose Anwälte nur wegen ihrer Abstammung aus der Anwaltschaft berandgeworfen wurden.

Frank junior vertritt jetzt den bayerischen Pfand und hat auch Praxis in Ungnade. Man zahlt also an den Vater, um vom Sohn Gnade zu erhalten, ein wahrhaft germanischer Rechtsanwalt!

Dabei ist der Sohn noch wie vor an dem Vaden des Vaters beteiligt, oder besser gesagt, der Vater ist nur der Substitut des Sohnes. Dessen Anwaltsbüro ist nach wie vor an der Kanzlei angebracht und er ist auch schon während seiner Ministerzeit in der Anwaltsrobe angetreten.

Wie groß die Empörung der Anwaltschaft darüber sein muß, ergibt sich daraus, daß unter dem Naziregime der Anwaltsverein München es gewagt hat, gegen einen derartigen Zustand in einem Schreiben an das Justizministerium des Frank II zu protestieren und die Unvereinbarkeit des Ministerpostens mit der Ausübung des Anwaltsberufs zu verlangen, worauf er sich allerdings von Frank II nur ein unverkämtes Schreiben als Antwort geholt haben soll, ohne eine Remedur zu erreichen.

Wesentlich ist aber fast noch, daß sich die Korruptionsgewohnheiten dieses lausbüchischen aller Naziminister nicht nur auf seinen Familienkreis, sondern auch auf die Besetzung von hohen richterlichen Posten beziehen. Zwei Fälle sind hierfür ganz besonders charakteristisch.

Präsident des Oberlandesgerichts München war bis vor einem Vierteljahr Dr. Gerber, der nach allgemeinem Urteil ein tüchtiger und unpolitischer Richter war. Gerber fiel bei Frank II in Ungnade, weil er bei der Durchführung des Arier-Paragrafen gegenüber der Rechtsanwaltschaft — die Präsidenten der Oberlandesgerichte haben in dieser Beziehung leitende Verwaltungsfunktionen — in den engen Grenzen, die diese Beziehung festsetzt, Loyalität und Anstand bewies, zwei Eigenschaften, die Frank II so verhaßt sind, wie dem Teufel das Weihwasser. Dr. Gerber wurde also „unter Anerkennung seiner ausgezeichneten vorbildlichen Dienstleistungen“ in den dauernden Ruhestand befördert.

Während es sonst seit Menschengedenken üblich war, in das Präsidium des Oberlandesgerichts München nur die repräsentativsten und angesehensten, nach Leistung und Reichtum an der Reihe befindlichen Richterpersönlichkeiten zu berufen, berief Frank II den eben erst ein halbes Jahr vorher zum Präsidenten eines kleinen Provinzialgerichts beförderten Georg Reithardt auf diesen Posten.

Reithardt war alles andere als für das Ueberdauern geeigneter und dienstlicher Kandidat qualifiziert. In der Richter- und Anwaltschaft war er als ein äußerst mittelmäßiger Jurist und schwächlicher Mensch, der nach allen Seiten, auch nach der marxistischen, liebedienerte, nicht eben rühmlich bekannt. Aber Reithardt hatte hinsichtlich der Hitlerbewegung ganz spezielle Meriten. Zwar war er derjenige, der Hitler im April 1924 wegen volenbeten Hochverrats als Vorsitzender des Volksgerichts verurteilte. Aber er gab ihm nicht nur die gefällige Mindeststrafe, sondern erteilte und begründete auch den berühmten Plechkin, in dem er in verbrecherischer Rechtsbeugung zu Gunsten Hitlers entgegen der zwingenden Gesetzesbestimmung, wonach jeder wegen Hochverrats verurteilte Ausländer aus dem Reichsgebiet auszuweisen war, Hitlers Ausweisung ablehnte und damit die Grundlage für seinen Aufstieg in Deutschland legte. Die schwächliche Republik hat dieses Verbrechen der Rechtsbeugung zwar nicht strafrechtlich verfolgt, obwohl dies öffentlich oft genug verlangt worden war, sie hat Reithardt auch nicht, wie es seinem Verbrechen gebühre, ins Justizhaus befördert, sondern hat ihn auf seinem Richterstuhl sitzen lassen. Bis Ende 1932, also in acht Jahren, war er nicht weiter avanciert. Im Dezember 1932 war immerhin soviel Graß über die Tache

gewachsen und anherdem die politische Konjunktur so, daß das damals deutschnational geleitete Justizministerium ihn zum Präsidenten des kleinen Landgerichtes Hof machte.

Erst das Hitlerregime hat ihm in Form des Oberlandesgerichtspräsidentenpostens die Entschädigung für seine Rechtsbeugung überreicht.

Der selbe Mann, der Hitler in rechtskräftigem gerichtlichen Urteil als Hochverräter erklärte und bestrafe, wird ein neuliches Werkzeug der Hitlerregierung sein und bleiben. Germanische Ehre!

Nunmehr aber hat sich diesem Skandal ein neuer und gleichartiger angeschlossen: das zweitgrößte bayerische Oberlandesgericht ist in Nürnberg. Präsident dieses Gerichtes war bisher der frühere bayerische Generalkaassanwalt am Obersten Landesgericht Dr. Buchardt. Dr. Buchardt war eine Richterpersönlichkeit ganz seltenen Formats. Sein Ansehen in der gesamten Justizwelt ohne Unterschied der Richtung und Partei war kaum zu übertreffen. Aber auch er ist nunmehr „unter Anerkennung seiner ausgezeichneten vorbildlichen Dienstleistungen“ von Frank II in den dauernden Ruhestand befördert worden. Wie in München, so wurde auch in Nürnberg nicht der Würdige, nach Befähigung und Dienstatte, an seine Stelle berufen. Der Nachfolger ist ein Landgerichtsdirektor Vertram von München. Auch er ist als mittelmäßiger Jurist bekannt, mehr aber noch als ein Mann von erheblicher Brutalität, als ein Schwurgerichtsvorsitzender „von altem Schrot und Korn“. Keilich hätte diese Eigenschaft nicht genügt, um seine Berufung auf den Nürnberger Posten herbeizuführen.

Vertram war Vorsitzender des Schwurgerichts, das den Schriftsteller Werner Abel in mehrjähriger Justizhausstrafe verurteilte, weil er angeblich in einem Beleidigungsprozeß über die ausländischen Geldquellen Hitlers einen Meineid geschworen habe.

Dieser Beleidigungsprozeß, den Frank II seinerzeit als Anwalt für Hitler führte, war jahrelang für die Nazibewegung eine große Unannehmlichkeit. Vertram beschränkte sich jedoch nicht auf die Verurteilung von Abel zu Justizhaus. Als im Dezember 1932, unter der Schlichterregierung, die von den Nazi unter Führung von Frank II im Reichstag geforderte allgemeine politische Amnestie kam, verweigerte Vertram dem verurteilten Abel in seiner Witterung der kommenden Dinge die Bewandlung in der Meineidsstrafe, mit der Begründung, Abel habe den Meineid nicht aus politischen Gründen, sondern aus Geltungssucht begangen, so wurde die Geltungssucht nicht ein politisches Motiv sein könne.

Auf Grund dieser ordinären Rechtsbeugung blieb Abel im Justizhaus, während Tausende von Naziverbrechern aus Justizhäusern und Gefängnissen entlassen wurden.

Unmittelbar nach der Erringung der politischen Macht durch die Hitlerleute fiel Abel jener bis dahin völlig unbefangenen „Selbstmord“-Epidemie unter den politischen Häftlingen zum Opfer. Vertram aber, der Hitler und Frank II diese Vorgänge serviert hatte, trat als einer der ersten in das Präsidium des nationalsozialistischen Richterbundes ein. Niedrigerweise hat man seine Berufung dorthin in Nazi-Deutschland noch als einen Akt besonderer Objektivität von Frank II angepriesen. In dem Abel-Prozeß mußte nämlich Vertram den als Reagen aufstretenden Hitler wohl oder übel zu einer Ordnungsgeldstrafe verurteilen, weil er im Gerichtssaal ungeachtet vielfacher milder Abmahnung wie ein wildes Tier tobte und die anstehenden Anwälte in unverkämter Weise beleidigte. Nachträglich hat Vertram dann heimlich, still und leise den Vollzug dieser Geldstrafe fast und so den doppelten Erfolg erreicht:

nach außen als ein unabhängiger Richter zu erscheinen und nach innen als gefähiges Werkzeug der neu anstretenden Mächte zu figurieren.

Sowiel germanische Unabhängigkeit durfte nicht unbefehlt bleiben und Vertram war damit für den Nürnberger Posten qualifiziert. Wie man hört, soll demnach auch der Posten des Präsidenten des bayerischen Obersten Landesgerichts vakant werden. Vielleicht wäre es hier angezeigt, nur nicht erst einen Richter zu berufen, sondern gleich einen Verbrecher. Wie wäre es mit Weime-Schulz oder Weime-Heines. Beide haben doch als „Remeridier“ große Erfahrungen in derjenigen Tätigkeit gesammelt, die Frank II unter germanischem Recht versteht!

„Unruhe und Unfrieden“

Durcheinander und Rechtlosigkeit

Die „Nationalsozialistische Zeitung“ in Kaiserslautern bringt folgendes kennzeichnende Stimmungsbild:

Am letzten Samstag wurden die ersten Reichsbedarfsdeckungsheine ausgegeben. Die dauerliche Arbeitslosigkeit wurde die Ausgabe nur für solche Arbeitslose genehmigt, welche am sogenannten Siedlungsgelände an der alten Rodalber Straße arbeiten. Die Pflichtarbeiter, welche bei den übrigen Arbeiten am Werkplatz, Straßenweg und an den Straßenarbeiten beschäftigt waren, hätten demzufolge leer ausgehen müssen. Der Hauptausbruch folgte leer ausgehen müssen. Der Hauptausbruch folgte deshalb in seiner Sitzung vom 10. Oktober 1933 sich schlossen, auch die hier die beschäftigten Arbeiter schlossen, auch die hier die beschäftigten Arbeiter zum Ausgleich von Härten etwas zugute kommen zu lassen. Er bewilligte denselben, insofern sie in der Zeit vom 1. September 1933 bis 7. Oktober 1933 vier volle Wochen beschäftigt waren, eine einmalige Unterstützung in Höhe von 10 Mark. Außerdem erhalten die bei diesen Arbeiten ab 9. Oktober 1933 Beschäftigten zu der Pflichtarbeiterzulage von 2 Mark wöchentlich einen Zuschuß von 3 Mark zur Beschaffung von Bekleidungsgegenständen. Nachdem durch eine Auslastungsverteilung Mißverständnisse entstanden sind, wird darauf hingewiesen, daß die Arbeiter am Siedlungsgelände an der alten Rodalber Straße wöchentlich nur 2 Mark bekommen. Auch für die ab 9. Oktober 1933 neu zugewiesenen Personen bleibt es bei dieser Regelung. Sie erhalten keinen Zuschuß auf die ihnen sämtlich ausstehenden Reichsbedarfsdeckungsheine. Es ist nicht zu verkennen, daß die im Siedlungsgelände beschäftigten Personen besser fahren, als die anderen. An der Sachlage läßt sich aber zur Zeit nichts ändern. Es lag in der Absicht der Stadt, alle Wohlfahrtserwerbslosen am Siedlungsgelände zu beschäftigen, so daß jeder eine gleiche Behandlung hätte erfahren können. Durch Maßnahmen des Reichsarbeitsministeriums und der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde aber die Absicht dadurch vereitelt, daß ein Drittel der Eingestellten aus den Reihen der Arbeitsamtsunterstützten entnommen werden mußten. Die Maßnahmen sind um so unverständlicher, weil dadurch nur Unruhe und Unfrieden unter den Arbeitslosen gestiftet wurde und der Stadtfiskus, wie schon oben ausgeführt, darunter zu leiden hat.

Eingeladene Komunisten haben die Gelegenheit benützt, um die Arbeiter aufzuwiegen. Wie wir höhren, sollen neun dieser Aufwieger in Schwabst genommen werden. Außerdem wird die gesamte Wohlfahrtserwerbslosen eingekerkert und die Betroffenen werden vom Bezüge von Winterbeihilfe des Winterhilfswerkes ausgeschlossen.

„Sie ist nicht tot...“

Aus Hamburg meldet die gleichgeschaltete Presse: Vor dem Sondergericht hatten sich 18 Angeklagte wegen Herstellung und Verbreitung von kommunistischen Druckschriften zu verantworten. Unter Ausnutzung der wirtschaftlichen Lage der Leute war es den kommunistischen Führern gelungen, mehrere bürgerliche Drucker für ihre Zwecke zu gewinnen. Als die Polizei eintraf, konnte sie große Mengen Druckschriften zerstörenden Inhalts, darunter auch eine kommunistische Zeitung in englischer Sprache beschlagnahmen.

Vor allen Dingen aber wurde dabei eine von dem kommunistischen Redakteur Jacobs verfaßte Broschüre über den Reichstagsbrand gefunden, die nach Feststellung des Sondergerichts als Materialgrundlage für das im Ausland verbreitete kommunistische Braundbuch über den Reichstagsbrand anzusehen ist.

Das Sondergericht verurteilte die Drucker zu Gefängnisstrafen von zwei bis drei Jahren. Die übrigen Helfer kamen mit geringeren Strafen davon. Gegen die kommunistischen Urheber läuft ein Hochverratsverfahren beim Reichsgericht.

Ein Werk von Puschkin gefunden

Nach Meldungen aus Belgrad wurde von einem Beamten im jugoslawischen Konsulat ein hinterlassenes Manuskript des großen russischen Dichters Puschkin gefunden. Die Handschrift umfaßt 25 Seiten stark. Es scheint eine eigenhändige Abschrift der beiden letzten Verse „Ode an Puschkin“ zu sein, die man verloren glaubte. Der Großvater des Dichters hatte sich öfter nach Rußland begeben, und die Ode lag unter seinen Papieren.

Horst Wessel – gesetzlich geschützt

Bluturteile gegen „Beleidiger“

In dem Berliner Papen-Blatt, der „Germania“, die Katholikismus mit inbrünstigem Hitler-Bekenntnis vereint, lesen wir am 6. November:

Vor dem Sondergericht hatte sich wegen schwerer Beschimpfung und Verunglimpfung von Horst Wessel der 53jährige Maschinenfeger Otto Weisbrand auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 21. März 1933 zu verantworten. Der Angeklagte, der seit 1912 Mitglied der SPD war, hatte in einem Gespräch mit Arbeitskollegen über Horst Wessel die übelsten Behauptungen aufgestellt. In seiner Verteidigung erklärte er, daß er diese Verleumdungen nicht als seine eigene Ansicht geäußert habe, sondern mit dem Bemerkten er habe die Behauptung in einer Zeitung gelesen. Durch die Zeugenaussagen wurde aber die Verteidigung des Angeklagten widerlegt. Das Sondergericht verurteilte ihn zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, die Behauptungen, die der Angeklagte aufgestellt hat, bedürften keiner Widerlegung durch das Gericht. Das Leben Horst Wessels, so sagte er, liegt klar vor uns, und jedermann weiß, was er aus idealen Gründen für Deutschland getan hat.

Die Behauptungen, die der Angeklagte aufstellte, seien so ungenügend und verächtlich, daß an sich die Höchststrafe von zwei Jahren Gefängnis hätte Platz greifen müssen. Da aber das Sondergericht sich hier zum erstenmal mit einem solchen Fall zu befassen hatte und die Deffenzität vielfach noch nicht genügend gewahrt sei, da außerdem der Angeklagte offenbar unter dem Einfluß der Ausbreitungen der Pinkspresse aus früherer Zeit gehandelt habe, habe man noch einmal Milde walten lassen. Nachdem aber dieses Urteil des Sondergerichts in der Deffenzität bekannt geworden sein werde, würden ähnliche Behauptungen in Zukunft kaum anders als mit der Höchststrafe geahndet werden können.

SA. überall

Der Preussische Kultusminister Rust hat in einem Erlaß zum Zwecke der Einföhrung einer einheitlichen Besetzung für die Wandelfortbildungen und Ordnungsbildungen im Turnunterricht in den Schulen die Anwendung der Besetzungsformen der SA angeordnet.

Im Anschluß daran hatte sich das Sondergericht noch mit einem zweiten Fall über Verunglimpfung Horst Wessels zu befassen. In diesem zweiten Prozeß hatte sich ein früherer Kommunist der 53jährige Werkzeugdreher Bruno Videmann zu verantworten. Das Sondergericht verurteilte ihn zu zwei Jahren Gefängnis mit der Begründung, daß der Angeklagte wegen Diebstahls und auch zweimal wegen politischer Verbrechen verurteilt ist.

In diesen Berichten, die für sich selbst sprechen, wird niemals mitgeteilt, was die Angeklagten eigentlich angeklagt haben. In diesem Falle aber kann man es erraten. Wahrscheinlich ist von der gerichtlichen Tatsachen die Rede gewesen, daß der gefeierte Held monatlang von den Einkünften einer Prostituierten gelebt hat, also, um in der Sprache des Volkes zu reden, Zuhälter gewesen ist. Ueber unbefohlene Leute, die die Wahrheit darüber sagen, werden von Parteiführern blutige Parteiturteile verhängt.

Geistlicher verhaftet

Die „Vossische Zeitung“ berichtet: Der 53jährige katholische Erzpriester Ekrobel in Ramens in Schlesien ist, wie von privater Seite gemeldet wird, am Freitag auf Veranlassung der Geheimen Staatspolizei verhaftet und nach Breslau überführt worden. Hierzu wird uns berichtet: Erzpriester Ekrobel erregte bereits im Jahre 1900 bei der Einweihung eines Heidenmalls in Ramens durch eine antinationalistische Weiberrede in vaterländischen Kreisen große Empörung. In der letzten Zeit hat sein Antreten gegen das nationalsozialistische Deutschland Formen angenommen, die sich mit der landesgerichtlichen Betätigung eines katholischen Geistlichen nicht vereinbaren lassen.

Was geschieht mit den Mädchen?

Der Schrei: „Mädchen aus dem Verriet!“ hat zur Folge, daß Frauen und Mädchen überhaupt keine Arbeit mehr finden können; daher schlägt eine ernst zu nehmende Stelle vor: Das Beste wäre, wenn für alle Mädchen ein handwerkliches Dienstjahr nach Schulabgang — erstmals ab Ostern 1934 — eingeführt werden könnte.

„Wo der Mensch zu denken anfängt, hört der Soldat auf...“ *)

Von Theodor Plivier

Der Zug im Norden hat die Chaussee erreicht. Gegenüber der Kaserne marschieren die Massen auf. Nicht an die Häuser gedrückt, nehmen sie Aufstellung. Sie starren über die Straße zu den Fenstern der Mannschaftsstuben hoch.

Die Tore der Kaserne sind verschlossen, ihre Fenster mit eisernen Ketten gesichert. Es ist nicht ganz klar, ob die Ketten gegen die Demonstranten angebracht sind, oder ob die Soldaten verhindert werden sollen, die Kaserne zu verlassen.

Dann sieht man Gewehrläufe aufragen — aus den Kellerkammern, aus den Schießgassen der Tore. Und oben auf der Plattform sind Maschinengewehre aufgebaut.

Die Soldaten an den Fenstern haben Stahlhelme an.

Die Demonstranten winken.

Einige rufen hinüber:

„Kameraden...“

„Nicht schleichen!“

„Wir wollen Frieden machen!“

„Schluß mit dem Krieg!“

Wenn ein Soldat seine Hand hebt und zurückwinkt, heben sich auf der Seite der Demonstranten Hunderte von Armen und Hochrufe werden ausgebracht.

Eine Gruppe mit Plakaten löst sich von der Menge und geht über den Damm, auf das äußerste Tor zu. Oben auf der Plattform lauert die Maschinengewehrbedienung. Der Schütze „Eins“ sakt die Griffe fester, der Schütze „Zwei“ beugt sich über den Vadekreuzen und hebt ihn an die Zuführung heran. Schütze „Eins“, „Zwei“ und „Drei“ sind fertig zum Feuern, wie es das Reglement von ihnen verlangt. Dabei sehen sie auf die andere Seite zu den Menschen hinüber, die diese kaum merkbare Bewegung gespürt haben und zurückweichen. Sie können nur enger aneinander rücken. Hinter sich haben sie die Häuser, und die Hausflure stehen schon gepfropft voll.

Vierhundert Schuß feuert das Gewehr in der Minute.

Und drüben an der Mauer muß jeder Schuß ein Querschläger werden.

Der Befehl zum Schließen ist noch nicht da. Doch die Soldaten haben dieses furchtbare Kommando schon in den Ohren. Der Mann am Vadekreuzen erinnert sich an die Front, an vorgehende Sturmabteilungen, die sein Maschinengewehr weggemäht hat; erinnert sich nach einer ähnlichen Situation, ein Ziel von derselben Unflughöhe hat er noch nicht gesehen. Er sieht den Ball weicher Leiber, für den es kein Entweichen gibt. Die Mündung zielt mitten in die Masse hinein — Frauen, die gestern noch Gewehrpatronen herstellten, Männer, die gestern noch Granaten drehten, Feldarzte, die an der Front hantierten wie er, die dieselbe Wohnung, dasselbe Essen, dasselbe Schicksal haben... .

Er hat den Hahnenreiß geschworen und trägt den Rock des Kaisers, des Kaisers, der einst sprach:

„Wie eine feste Burg raat Eure Kaserne in der nächsten Nähe des Schlosses auf, das ihr in erster Linie zu schützen

stets bereit sein werdet. Ihr seid berufen, gewissermaßen als Leibwache, Tag und Nacht bereit zu sein, um für den König und sein Haus, wenn es gilt, Leben und Blut in die Schanze zu schlagen. Und wenn jemals wieder, wie 1848, das Berliner Volk frech und unbotmäßig werden sollte, dann, davon bin ich überzeugt, werdet Ihr alle Unbotmäßigkeiten wider Euren königlichen Herrn nachdrücklich in die Schranken zurückzuweisen.“

Wo der Mensch zu denken anfängt, hört der Soldat auf. Und der Schütze Nummer „Zwei“ nickt nach dem Gewehr, macht einige Handgriffe, mechanisch und exzelermäßig. Er haßt den Patronengürtel aus der Zuführung und hält ihn unklüffig in der Hand, denn einer plötzlichen Eingebung folgend, wirft er ihn auf die Straße hinunter, vor die Füße der Frauen.

Der Gürtel zerspringt, die Patronen kolkern übers Pflaster.

Die Bedienung begreift nicht, was geschehen ist.

Der Soldat selbst ist von seiner Tat überrascht.

Die Demonstranten verharrten noch in ihrer Starre.

Da schreit eine Frau auf. Nach der überstandenen Angst schreit sie auf wie ein Tier. Und es geht durch die Menge, ein befreites Aufbeulen pflanzt sich durch die ganze lange Front fort. Und alle setzen sich in Bewegung, über den Damm hinüber.

Der leere Raum vor der Kaserne ist nicht mehr da.

Aus Nachbarhäusern werden Leitern gebracht.

Niemand weiß, wo die so schnell hergekommen sind. Keiner hat das organisiert, keiner vorher daran gedacht. Die Leitern werden an die Fenster der Mannschaftsstuben gestellt. Zehntausend Menschen bewegen sich, zehntausend Paar Hände haben plötzlich zu tun.

Fensterhebeln klirren.

Ketten werden gelöst.

Gewehre werden herausgereicht und unten entgegengenommen. Soldaten steigen durch die Fenster und springen auf die Straße hinunter.

„Kameraden!“

„Brüder...“

Die Menge strömt auf den Kasernenhof und verbrüderet sich mit den Soldaten. Die Maschinengewehrstützen bringen ihre M.G.s. Ein Lastauto fährt vor, noch ein zweites. Maschinengewehre, Munition, Handwaffen werden von den Ableuten mit Beschlag belegt. Die Soldaten wählen Räte. Die vorgeschlagenen Vertreter werden ohne Diskussion angenommen. Mit Ableuten aus den Schwarzkopfbetrieben bilden sie den gemeinsamen Arbeiter- und Soldatenrat des Stadtviertels.

Neue Marschparolen schwirren durch die Luft:

„Jetzt weiter nach Moskau!“

„Nach dem Zerkelgefängnis!“

„Die Gefangenen herausholen!“

*) Aus dem Roman „Der Kaiser ging, die Generale blieben.“

Das ABC des „dritten Reiches“

Prinz Auro ist ein Hohenzoller,
Ausbruch: Gleichwohl für Massenkiller.
Das Brauhemd hebt den Mannesmut,
Donlott ist oft als Dämpfer gut.
Seu' sieht man viel Canossa-Gänge,
Der deutsche Christ trägt Hahngesänge.
Im Dritten Deutschland ist's samos,
Nur Dachsen ist noch kein Davos.
Professor Einstein ist geflossen,
Erzberger's Würder sind Heroen.
Mit Feuerwerk wird nicht gespart,
Die Flucht ist eine Todesart.
Germanen sieht man rechts und links,
Nur Göbbels' lört als Massenpöhlz.
Das Hakenkreuz ist Gekler's Gut,
„Heil Hitler!“ heißt der Grußtribut.
Im Inland schweigt's von Putschgeflüsten,
Die Industrie wünscht anzurufen.
Den Juden prügelt und beraubt man,
Johst wird ernannt zum (Gerhart) Hauptmann.
Der Stiefel tritt, der Knüttel haut,
Der Kommunist ist nicht erbau.
Borm Reichsgericht tut Lubbe warstig,
Der Dr. Ley ist allzeit durstig.
Der Landesbischof Müller heißt,
Das Mundwerk schafft es doch zumeiß.
Der Nazi sucht im Wehrsport Kraft,
Was Ordnung ist, scheint schleierhaft.
Der Dax süß zum Anblick lockt,
Der Desterreicher schweigt und bodt.
Braucht ein Programm denn die Partei?
Der Pazifist ist vogelfrei!
Quid heißt der Tonfilm-Differenz,
Quatsch triest von mancher Führerzunge.
Denk an die Rasse, deutsche Mutter,
Nevanche braucht Kanonenfutter.
S.A., S.S.-Boll, Got' erhalt's,
Der Schloßbaron im Ruhland zahlt's.
Die Tarnung hält nicht immer dicht,
Auch nach schämi sich der Terror nicht.
Wir sind Unadel dieser Erde,
Die anderen: Untermerken's Herde.
Verfassung ist ein Biß, papieren,
Volksozialler soll man nicht geieren.
Wilhelmus Rex empfahl sich kumm,
Dem Geist von Weimar nimmt man's krumm.
Sozialismus? O du Tor!
Ein X fürs U macht leicht sich vor.
Die Indnechtlichkeit ist nicht zu brechen,
So manches Ziel bleibt Zweckversprechen.
D. Je.

Auf den Retcliffe gekommen Sie nehmen den Schundromanfabrikanten ernst

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts veröffentlicht ein Mann namens Sir John Retcliffe eine riesige Schlange von Sensationsromanen. Sie sind heute unlesbar geworden; nur ein paar Seiten hat man zu neuem literarischem Leben erweckt; auf diesen paar Seiten wird geschildert, wie die Weisen von Zion auf dem Prager Judenriedhof zusammenkommen, um ihre Verschwörung zu organisieren. Die Nazis nehmen Retcliffes Romane ernst und tun so, als hielten sie diesen Mann wirklich für einen Engländer. So haben sie jetzt in einer neuen Auflage die Szene aus den Weisen von Zion wieder in Buchform herausgegeben. Der Engländer Sir John Retcliffe heißt aber in Wirklichkeit Hermann Ottomar Friedrich Goeblische; Theodor Fontane hat ihn gut gekannt und hat alles über den dummen Schundromanfabrikanten gesagt, was über ihn zu sagen ist. Die Nazis wissen das selbstverständlich nicht, weil sie von der wirklichen deutschen Literatur keine Ahnung haben. Aber weder Goeblische noch Fontane hätten je gedacht, daß Sir John Retcliffe einmal eine politische Rolle spielen werde.

Bondi

Das muß man sich merken

Herr Bondi, der Verleger Georges, läßt im Börsenblatt folgendes Lob des Dichters aus Göbbels' „Angriff“ drucken: „Was der Dichter kündete, den Heroldismus einer neuen Zeit, ist in den jungen deutschen Herzen aufgegangen. Seine Strophen haben die Brücke von gestern in die Zukunft geschlagen, über die die Soldaten der nationalsozialistischen Revolution in das „dritte Reich“ marschierten.“ Der gleiche Herr Bondi hat, knapp ebe der Dax zur Nacht kam, erklärt, daß das Verlagszeichen der Georgebücher, die Swastika, ein indisches Glückssymbol sei, und nicht mit dem Hakenkreuz verwechselt werden dürfe.

Hakenkreuz-Creme

„Deutsche Frau, schminke dich für Hitler!“

In einem Verberrief der Firma a Glise Bod, Berlin, Paris, Neuwerk, Prag, Wien heißt es:

„Zweifellos bestand auch in Deutschland Vorliebe für ausländische Erzeugnisse. Aber Irrtümer brechen heute über Nacht zusammen. Wir besitzen und wieder, daß es nichts Besseres gibt, als deutsche Qualitätswaren... Wenn Amerika uns seine gewaltigen Schönheitsalben zeigt, so stellen wir uns mit unseren deutschen Cremes eine Sprosse höher auf der kosmetischen Ruhmestleiter. Wir brauchen in Deutschland keine kosmetischen Erzeugnisse fremder Länder.“

Schminke-Autarkie, das ist der letzte Schrei. Deutsche Frauen, übt euch in deutscher Kosmetik, und das Vaterland ist gerettet. So haben in dem „neuen Deutschland“ alle ihre Umwandlung erfahren. Noch vor dem 30. Januar war das Schminken ein unheimliches Zeichen moralischen Verfalls, heute: eine nationale Tat!

Monografie des nordischen Menschen

Einfach der Mensch schlechthin

Entstehung.

Der nordische Mensch ist der Mensch schlechthin. Er wurde auf Grund eines Spezialabkommens zwischen Botan und der biblischen Paradiesverwaltung geschaffen. Seine Wiege stand im Teutoburger Walde, wo er durch die harte Schule der Eiszeit früh an spartanische Einfachheit gewöhnt wurde, sehr zum Unterschied von den durch die südliche Sonne Palästinas zu Trägheit und Ausschweifung erzogenen Halbaffen, die man bisher fälschlicherweise auch als Menschen bezeichnet hat. Aus einer Hakenkreuzung der Gimbarn, Teutonen, Vandalen, Wikinger, Ostfänger und W'rielen entwickelte sich nach und nach der Norde, wie wir ihn heute allenthalben zu bemerken gezwungen sind. Gleichgeschaltet mit dieser Entwicklung kann man den allmählichen Fortschritt vom altgermanischen Mei bis zum bayrischen Vollandier verfolgen.

Vorkommen.

Der nordische Mensch bevölkert das Gebiet von der Raas bis an die Memel, von dem Welt bis an — den Brenner. (Die Eis ist aus außenpolitischen Gründen nicht mehr modern.) Die skandinavischen Völker haben sich ungeachtet ihrer geografischen Lage durch Anerkennung des Marxismus außerhalb des Nordiums gestellt.

Der Hauptummelplatz des nordischen Menschen ist das „dritte Reich“. Man trifft ihn dort in allen Kemtern, sowohl in den Niederungen als auch in den höheren und höchsten Regionen. Außer im arischen Großmutterland kommt er auch noch in den angrenzenden Landstrichen vor, wo er ein getarntes Dasein fristet und auf die Gleichschaltung wartet.

Aussehen.

Der Norde ist insofern seines Kopfbalted strohblond und hat eine lichte Haut, damit er negebenefalls vor Scham erlöten kann. Er ist großschulzig und für die geringere Breite seiner hellroten Lippen erstaunlich kuffähig. Das Fehlen aufgeworfener Kakenlöcher räumt ihm die Möglichkeit, schadenstrotz zu grinsen, was bekanntlich im Verein mit genüßsüchtigen Einschlüssen eines der Hauptmerkmale des Untermenschen ist. Seine bildliche Gestalt ist stets von einer Uniform umgeben, die ihn vor allen Unbilden geistiger Witterung schützt.

Die Nordin zeichnet sich vor allem durch runde Formen aus, die — von einem blonden Jopl umrahmt — ein lautes Abheissen für den von der Schilddrüse heimkehrenden Helden abgeben. Ihr freier Blick ist entweder schamhaft zu Boden oder schwärmerisch empor zum Führer gerichtet. Das Gesicht ist oval; bei der nationalen Erhebung der Brustdrüse wird Halskugel getragen.

Lebensgewohnheiten.

Der nordische Mensch tritt in Rudeln auf und nährt sich von Posenjagd und Fischerei im Träben. Einzelne Exemplare, die sich durch Niesengehälter und Luxusautos von der Masse abheben, nennt man Führer.

Der Tagesablauf eines Durchschnittsnorden gestaltet sich ungefähr wie folgt: Auf den Ruf „Deutschland, erwache!“ schlägt er seine blauen Augen auf und erhebt sich national von seinem nördlichen Diwan. Mit dem Wasser, das die völkische Presse aus Hitlers Arbeitsbeschaffung macht, beucht er seine arischen Glieder und gurgelt kräftig mit Münchner Bräu. Nachdem er sein Blondhaar mit dem Kamm, der den Nazis geschwollen ist, gekämmt hat, rasiert er sich mit dem Messer, von dem sonst das Judenblut spricht. Er legt sodann sein braunes Hemd über die behaarte Heldenbrust und begibt sich zur Arbeitsstätte ins Konzentrationslager. Dort lebt sich sein deutscher Mannesmut mit Hilfe einer Nilpferdpeitsche an gefesselten Juden und Marxisten aus. Nach getaner Arbeit verzehrt er sein Mittagmahl mit den für die nordische Rasse charakteristischen mahelnden Raubbewegungen. Nachmittags schlängelt er sich mit denunzierlichen Bewegungen von Posten zu Posten und behält dabei stets ähner Ruhe und die Hand in der Hosentasche, um nicht für einen Nichtnorden gehalten zu werden. Der Abend ist der Erbauung gewidmet. Reist der Erbauung von Feuerwerkfronten. Die Nacht gehört ausschließlich der Zukunft des deutschen Volkes.
R a r o .

Zeit-Notizen

Ein Ehrenmann

Ist Herr Gerbardt Schulte — Pfläzer. Er hat, solange man damit Geschäfte machen konnte, die Republik geliebt. Heute schreibt er Bücher „aus rein nationalsozialistischer Gegenwartsbedeutung“. Alles gut, nur nicht „reiu“, sondern dreckig.

Notzucht und Rassenschändung

„Das die Tötung der Leibesfrucht ohne weiteres gestattet wird, um die Folgen einer Notzucht oder einer offenbaren Rassenschändung abzuwenden, wird fernerlich in weiten Kreisen als ein beachtlicher Fortschritt angesehen werden.“ (Deutsche Zeitschrift für Sozialfürsorge, Nr. 7).

Der „Kronprinz“ als Nazi

wird, von einem Carl Lange beschrieben, „der seit 1911 dem französischen Dams freundschaftlich nahesteht... die oft gestellte Frage nach der Einstellung zur Regierung und NSDAP. ist ausführlich behandelt.“

Norwegen

Die Arbeiterpartei fordert Regierungsgewalt

(3.) Der Wahlsieg der norwegischen Arbeiterpartei bei den Wahlen vom 16. Oktober reiht sich würdig in die Serie der roten Wahlsiege in Skandinavien, die in Schweden im September 1932 begann, in Dänemark im November und in Finnland im Juli fortgesetzt wurde.

Der norwegische Wahlsieg hat der einzigen Partei in Norwegen den Weg zur Macht eröffnet, die von ganzem Herzen bereit ist, an der Einheitsfront der nordeuropäischen Demokratien gegen die Hitlerbewegung mitzuwirken, die von den führenden Staatsmännern Dänemarks und Schwedens angeregt worden ist.

Der Wahlsieg ist nicht das Ergebnis eines jähen Umstürzes des Pendels, sondern das Resultat eines dauernden Anstieges, seit 1927 die Einheit der Partei verwirklicht wurde. Selbst der geringfügige Rückgang in der Gesamtzahl der Stimmen für die Arbeiterparteien im Jahre 1930, der damals dem starken Rückgang in der kommunistischen Stimmzahl zuzuschreiben war, ist weit mehr als ausgeglichen worden.

	1927	1930	1933
Norwegische Arbeiterpartei	368 196	374 854	499 421
Kommunistische Partei	40 075	20 351	23 301
Gesamtstimmzahl der Arbeiterparteien	408 171	395 205	522 722

Uebrigens wirkte sich dieses Mal die Steigerung der Zahl der abgegebenen Stimmen um etwa 4 Prozent nicht zu Gunsten der bürgerlichen Parteien aus. Sie alle verloren ausnahmslos. Immerhin haben sie noch die Mehrheit bewahren können. Die Arbeiterpartei erlangte etwa 40 Prozent der abgegebenen Stimmen, 44 Prozent in den Städten und 38 Prozent in den ländlichen Wahlkreisen. Die nachfolgende Tabelle gibt eine Uebersicht über die Stärke der Parteien im Storting, dem norwegischen Parlament.

	1930	1933
Norwegische Arbeiterpartei	47	69
Kommunistische Partei	0	0
Radikale Volkspartei	1	1
Liberaler Partei	33	24
Konservative Partei	44	31
Bauernpartei	25	23
Zwei bürgerliche Gruppen	0	2
	150	150

Am 19. Oktober forderte der Parteivorstand der Arbeiterpartei die Regierung auf, zurückzutreten, um den Weg frei zu machen für die „sofortige Bildung einer Regierung der Arbeiterpartei, damit die neue Regierung die Durchführung des Krisenprogramms raschest einleiten könne“, das bei den Wahlen von der Wählerschaft bestätigt worden war. Auf diese Aufforderung erwiderte der Ministerpräsident *Mowinckel*, daß die gegenwärtige liberale Regierung ihr Amt bis zur Parlamentstagung im Januar 1934 beibehalten wolle.

Die Hauptgedanken des Krisenprogramms der Arbeiterpartei sind in dem Schreiben niedergelegt, das die Exekutive der Arbeiterpartei an Ministerpräsident *Mowinckel* richtete, um seinen Rücktritt herbeizuführen. Wie das Osloer „Arbeiderbladet“ mitteilt, handelt es sich dabei: 1. um die sofortige Verwendung der für Krisenhilfe bewilligten Mittel; 2. um die sofortige Veröffentlichung einer vorläufigen Verordnung, die ein Moratorium für Schulden aus Hausmiete, Land, Viehzucht und landwirtschaftliche Geräte und Maschinen vorsehen soll; 3. um die Vorbereitung von Anträgen an die Januar-Tagung des Storting über neue Kredite in dem laufenden Budgetjahr zur Linderung der Arbeitslosigkeit sowie für eine Hilfsaktion hinsichtlich von Schulden und Schuldzinsen; 4. um die Ausarbeitung eines umfassenden Plans für den Storting zwecks Hilfe bei der Reorganisierung der Gemeindefinanzen.

Nach der Ablehnung der Rücktrittsforderung durch die Regierung hat die Exekutive der norwegischen Arbeiterpartei am 23. Oktober ihre Forderung nach Uebertragung der Regierungsgewalt an die Arbeiterpartei erneuert. Die Erklärung der Exekutive verweist darauf, daß die bürgerlichen Parteien niemals über umfassende Pläne zur Bekämpfung der Krise einig waren und daß die Partei, die die Regierung stellt, bei den Wahlen nur 17 Prozent der Stimmen und 24 von den 150 Mandaten erhalten hat. Die einzige Partei, die über ein Krisenprogramm verfügt, ist die norwegische Arbeiterpartei. Eine halbe Million Wähler haben sich für dieses Programm ausgesprochen. „Wenn man die norwegische Arbeiterpartei daran hindern wollte, jetzt die Regierung zu übernehmen, so wäre man im vollen Widerspruch zu den Prinzipien der Volksherrschaft selbst.“

Die Geburt des „dritten Reichs“

Eine Quellengeschichte der nationalsozialistischen Bewegung von ihren Anfängen bis zu dem fragwürdigen Triumph von 1933 erscheint demnächst in deutscher, englischer, französischer und holländischer Sprache. Es ist eine vollständige Neubearbeitung der 1932 erschienenen „Geschichte des Nationalsozialismus“ von Konrad Heiden, die nach Hitlers Sieg in Deutschland verboten wurde. Das 300 Seiten starke Werk schildert die Anfänge Hitlers und seiner Partei, beschreibt dann ausführlich den dramatischen Zerfall der Weimarer Republik seit 1930, „in dem Hitler als halb überroffener Sieger hinfuhr“ und gibt im zweiten Teil eine umfangreiche Darstellung des nationalsozialistischen Staates und seiner Geschichte bis zum Oktober 1933, seiner Einrichtungen, Gesetze, Erfolge und Niederlagen. Es ist die erste objektive und umfassende Beschreibung des „dritten Reichs“. Die deutsche Ausgabe erscheint bei Oprecht und Oelbing, Zürich, die französische bei Librairie Stock, Paris, die englische bei Methuen and Co., London, die holländische bei Uitgeverij Servire, Den Haag.

Was geschieht mit den Lausitzer Serben?

Die Funktionäre der serbischen Minderheit in der Lausitz wurden grundlos verhaftet; der Turnverein mußte sich „freiwillig“ auflösen, der Vorstand der Druck- und Verlagsanstalt in Banja wurde über Anordnung der Regierung abgeleitet. Sämtliche Zeitschriften und Zeitungen wurden eingestellt. Das Tagblatt „Erste novine“ wurde zwangsweise arisiert.

Wie Holland urteilt

Außenseiter Deutschland

Der Londoner Korrespondent von „Het Vaderland“ (den Haag) schreibt u. a. zum Fall Panter folgendes: „Der Vorstand der „Foreign Press Association“ in London hat einen Beschluß gefaßt, worin er die Pressefreiheit die Grundlage jeder journalistischen Arbeit nennt. Ferner wird gesagt, daß die persönliche Freiheit des Journalisten in der Ausübung seines Berufes unter allen Umständen garantiert sein muß. Der Vorstand bezeugte Herrn Panter seine Sympathie. Die deutschen Mitglieder waren gegen jegliche Aktion und zogen sich zurück, bevor die Abstimmung stattfand. Die in dem Beschluß enthaltenen Grundsätze sind im übrigen so selbstverständlich, daß es sehr die Frage ist, ob für die Deutschen nach ihrer Stellungnahme noch Platz in der Association ist. Austritt aller deutschen Mitglieder ist nicht ausgeschlossen; logisch wäre es jedenfalls.“

Erst denken, dann handeln!

Wir entnehmen aus „Het Algemeen Handelsblad“ (Amsterdam):

„Eine der Eigenarten der deutschen Politik ist es immer gewesen, zu hart vom Stapel zu laufen und durch allzu schnelle Methoden die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, was man dann später bloß wieder revidieren mußte. Wie oft hat sich Deutschland schon dadurch, daß es darauf nicht genügend achtete, peinliche Rückschläge aufgebürdet, von ernstesten Folgen ganz zu schweigen. Die richtige Methode, um mit ruhiger Entschlossenheit für seine Rechte zu plädieren und das Wohlwollen und das allgemeine Interesse für seine Schwierig-

Seit September erscheint am 1. jeden Monats

DIE SAMMLUNG

LITERARISCHE MONATSSCHRIFT

UNTER DEM PATRONAT VON ANDRÉ GIDE, ALDOUS HUXLEY HEINRICH MANN HERAUSGEGEBEN VON KLAUS MANN

AUS DEM INHALT DER ERSTEN HEFTE:

Max Brod Gegen den Extremismus, *Alfred Döblin* Jüdische Massensiedlungen und Volksminoritäten, *Lion Feuchtwanger* Hermann, der Cherusker, *André Gide* Seefahrt, *Aldous Huxley* Aus einem mittel-amerikanischen Merkbuch, *Franz Kafka* Fahrt zur Mutter, *Ferdinand Lion* Altes Europa — Neues Deutschland, *Heinrich Mann* Sittliche Erziehung, *André Maurois* Proust und Ruskin, *Thomas Michel* Das Konkordat, *Joseph Roth* Tarabas, *Ernst Toller* Kindheit, *Jakob Wassermann* Meine Landschaft, Innere und Äußere

„Es darf und muss gesagt werden, dass auch das freie Deutschland keine Zeitschrift aufnehmen sollte, die sich mit dieser messen kann.“ (Der Wiener Tag)

Einzelheft Hft. 0.75, Schw. Fr. 1.50, Fr. Fr. 7.50, Sch. 3.-, Kf. 11.- Jahresabonn. Hft. 7.50, Schw. Fr. 15.-, Fr. Fr. 75.-, Sch. 30.-, Kf. 110.-

In jeder Buchhandlung zu erhalten

QUERIDO VERLAG · AMSTERDAM
KEIZERSGRACHT 333

Marla Reese aus der KPD ausgeschlossen

Wie der illegale Pressedienst der KPD mitteilt, wurde Marla Reese auf Beschluss der Parteileitung aus der KPD mit folgender Begründung ausgeschlossen:

„Die ehemalige Reichstagsabgeordnete Marla Reese hat durch ihre unverantwortlichen ästhetischen Schwärmereien und durch ihre Verbindung mit ählichen Elementen aus dem konterrevolutionären trotzkistischen Lager dem Hitlerregime Vorschub geleistet und diesem Parteimitglieder und Sympathisierende denunziert. Bereits seit Monaten war ihr, die erfüllt von tiefstem Unglauben an die Kraft der deutschen Arbeiterklasse von einer „schmachvollen Niederlage“ der deutschen Arbeiter laselte, jede Parteiloyalität unterjagt und lief ein Ausschlußverfahren gegen sie.“

Die Arbeiterschaft innerhalb und außerhalb Deutschlands, alle dem Hitlerregime ablehnend gegenüberstehenden Intellektuellen, werden vor dieser Verräterin gewarnt.“

Frau Reese war einige Jahre sozialdemokratische Abgeordnete. Im Laufe der Panzerkrenzaffäre ging sie zur KPD über und wurde dort mit großen Ehren empfangen. Sie schrieb eine Enthüllungsbroschüre über die Sozialdemokratie und trat laubhaft, laudhaft mit dem Eifer der Renegatin gegen die Sozialdemokratie auf. Im Reichstage war sie mehrere Male die Wortführerin der KPD.

Nun scheitert ihre „politische“ Rolle ausgespielt zu sein. So hallohe Charaktere, wie Frau Reese, sollten sich von jeder Politik fernhalten. Es ist zwar nicht richtig, daß die Politik den Charakter verdirbt, aber sie zerbricht und zerbricht jedes arme Seelchen, das sich ohne starkes charakteristisches Rückzug und Getummel verirrt.

„Hübscher Artikel“

Flugabwehrgeschütze auf Kinderrollern

Die bekannte Bavaria-Kinderwagenfabrik Gebrüder Maier u. Wänich in Rothenburg o. T. Tauber meldet Produktions-erweiterungen. Sie fabriziert jetzt nicht nur Kinderwagen und Kindermöbel sondern auch Spielzeugkanonen in beinahe lebenswahrer Form und Größe. „Was“ die „Deutsche Spielwaren-Zeitung“ sonst noch dazu sagt, sei unsern Lesern nicht vorzuenthalten: Da auch der Brauch in beinahe völliger Tätigkeit ausgeübt wird, möchten wir alle Interessierten auf diese hübschen Artikel besonders hinweisen. Die Kanonen werden auf sehr einfache Weise vollständig gefahrlos mit einem Ansaugrohr geladen, das Gefäß wird abgedreht, und es kracht und dampft wie eine wirkliche Kanone.

Eine nette Kombination hat die Firma durch Montage des Glasgefäßes auf einen Strohkannen geschaffen. Man

feiten und Rote zu wecken, hat Deutschland augenscheinlich noch nicht gefunden. Dazu trübt es zu stark dem Nachfaktor, der schon zu oft eine gefährliche Nischenschur für das Reich gewesen ist.“

Politische Verehrung von Mördern

Zu der Grabchrift, die auf dem Gedenkstein der Mörder Rathenau zu lesen ist, schreibt „Journalist“ in „Het Vaderland“ (den Haag) u. a. folgendes:

„Heute beschäftigt man sich damit, eine Grabchrift für zwei Mörder auszudenken. Ist es ein Wunder, daß die Verehrbarkeit da stand und man mit den Worten ringen mußte, um eine allzu klare Sprache zu vermeiden. Die klare Sprache hätte so einfach lauten können:

Hier ruhen die Mörder des jüdischen Ministers Rathenau. In der Verblendung der Zeiten wählten sie, daß Nord verzeihlich wäre. Das „dritte Reich“, die Epoche der Bestimmung, verurteilt Nord — auch am politisch anderen Denkenden — als Todsünde.“

Aber diese Sprache war also zu klar und man verwirrte sich in Sätzen, um der schlichten Wahrheit zu entgehen. Wie lange soll diese Grabchrift leben, um in der Unvergänglichkeit von Cuaderstein von der politischen Verehrung von Mördern zu zeugen?“

Deutsche Friedensliebe

Wir entnehmen aus dem „Kort Commentaar“ von „De Nieuwe Pers“:

„Die Deutschen zeigen größtenteils für ihre Friedensliebe in Gefängnissen und Konzentrationslagern und sofern sie noch frei sind, haben sie nichts einzubringen. Das ist auch vollkommen natürlich in einem Land, wo alle Bücher und Filme, die im Dienste des Friedensgedankens stehen, verboten sind. Alle diese Dinge weiß man in Frankreich und in der übrigen Welt, und man vergißt sie nicht.“

Vogel oder Maus?

In einem anderen Absatz von dem „Kort Commentaar“ „Nieuwe Pers“ lesen wir Auszüge aus Hitlers Buch „Mein Kampf“. „De Nieuwe Pers“ zitiert die „Lebenswürdigkeiten“, die Hitler Frankreich zu sagen mußte und bemerkt dazu ausdrücklich, daß sie sogar gesperrt gedruckt sind. „De Nieuwe Pers“ gibt hierzu folgenden Kommentar:

„Und auf eine vollkommen andere Weise sprach Hitler in den letzten Wochen über Frankreich, in einer Zeit, da dank seiner „Draufgänger-Politik“ Deutschland mehr isoliert ist denn je und Sowjet-Rußland mehr Trumpf denn je. Die Menschen, die sie getötet haben, benehmen sich gut, kann Stalin mit einem Lächeln zu dem Kommunisten-Töter Hitler sagen, ebenso wie die früheren Bundesgenossen von Deutschland sich mit einem Lächeln bei dem Mann, der sie zu „verwesenden Staatsleichen“ promoviert hat, für diese ehrvolle Auszeichnung bedanken dürfen. Das beweist wieder zum so und joviellsten Male, daß die Deutschen eine feine Nase dafür haben, wie man sich am geschicktesten die Welt zum Freunde macht. Aber daß die Franzosen trotz der Bekanntschaft Hitlers aus der letzten Zeit doch noch lächeln bleiben, kann man ihnen wahrlich im Hinblick auf die früheren Äußerungen dieses Staatsmannes, die er dieses Jahr noch wieder drucken ließ, nicht abel nehmen. Diese politische Fiedermand, die einen Tag flücht: Ich bin ein Vogel, sich nur meine Flügel und die den anderen Tag freilicht: Ich bin eine Maus, doch die Ratten! ist nicht geeignet, den „Tollfeind“ zum Busenfreund zu machen.“

Kann auch ein sonst beliebiges Fahrzeug dazu nehmen. Empfehlenswert ist natürlich, das Gefäß mit dem Strahrentrenner komplett zu beziehen, weil die Tarnungslackierung zweckmäßig mit dem Fahrzeug übereinstimmt.

Aus dem September-Heft der Deutschen Spielwaren-Zeitung.

„National-Zeitung“ verboten?

Basel, 8. Nov. Die „National-Zeitung“ schreibt:

Wie wir vor Blattabschluss von einer deutschen Grenzpoststelle hören, soll die „National-Zeitung“ in Deutschland neuerdings verboten worden sein, und zwar diesmal, wie kürzlich unsere Kollegen, die „Neue Zürcher Zeitung“, auf einen Monat. Wir geben unser verächtliches Lachen von diesem Verbot Kenntnis, obgleich bis zur Stunde eine Bekämpfung dieser neuen „freundnachbarlichen“ Maßnahme nicht vorliegt.

Spaniens Protest

Saarbrücken, 9. November 1933. Der angekündigte Protest der spanische Regierung, gegen die das spanische Volk beleidigende Zeugenansage des preussischen Ministerpräsidenten Göring, ist inzwischen erfolgt. Die Reichsregierung hat entschuldigende Erklärungen abgegeben und versucht, die ihr sehr unwillkommenen Entgleisungen Görings abzuschwächen.

An- und Verkauf

zentraleuropäischer und südamerikanischer Devisen Effekten und

REICHSMARK

durch das Bankhaus

Georges Per'es & P. Michel

34 RUE LAFFITTE · PARIS IX

TELEFON TAITBOUT 98-40 BIS 48

